

# p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG  
NR. 10 / 17. MÄRZ 23

IBAN: CH40 0900 0000 8756 9389 2



GENERATIONENWOHNEN

## Die Wohnform der Zukunft?

SEITE 16 - 18

ENERGIEPOLITIK  
**Schattenwurf auf die Solarpaneele**

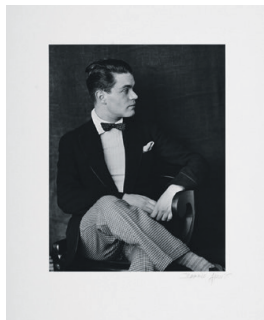
S. 14 - 15

IM GESPRÄCH  
**Seniorinnen verklagen die Schweiz**

S. 12 - 13

«EINE ART LIEBESERKLÄRUNG»  
**Das Leiden unter der genormten Unfreiheit**

S. 23



(Berenice Abbott –  
Portrait of René Crevel,  
1928)

## Widerstand

Uraufgeführt wurde das Auftragswerk «La mort difficile» über die deutsch-französische Dichterliebe zwischen René Crevel und Klaus Mann im Rahmen des 23. Else-Lasker-Schüler-Forums in Sanary-sur-Mer im Oktober 2021. Nun folgt unter lokaler Beteiligung von Peter Doppelfeld, Daniel Fueter und Dela Hüttner eine Schweizer Adaption dieser musikalisch untermalten, von Videos begleiteten Live-Hörspielproduktion gemeinsam mit den ursprünglichen Beteiligten unter dem Titel «Schwierige Liebe – Schwieriger Tod». Im Mittelpunkt steht die tiefe und tragische Freundschaft zwischen den beiden homosexuellen Dichtern, die sich vehement gegen die Machtergreifung der Nationalsozialisten und deren Zivilisationsbruch stellten und letztlich ohnmächtig daran zerbrachen. Gemäss Ankündigung ergibt das Zusammenspiel von Text, Musik und Bild einen «expressiven Resonanzraum» einer Schicksalsgemeinschaft. *froh.*

«**Schwierige Liebe – Schwieriger Tod**», Fr, 18. bis So, 20.3., 20h (So, 17h) Theater Stok, Zürich.

## Hochstapelei

Die Geschichte von Jean Gaspard Debureau (1796 – 1846) «ist zu gut, um sie nicht zu erzählen», erklärt das Trio Max Merker, Emma Murray und Téné Ouelgo. Er gilt als Erfinder der Pantomime, indem er das Alter Ego des traurigen Clowns Pierrot erschuf und sich damit von niederem Stand zum sogar über dem Gesetz stehenden «grössten Schauspieler» emporschwang. Seit er vom Totschlag eines Hand-



(Leonore del Mestre)

werksburschen freigesprochen worden war, ziert eine schwarze Träne sein Gesicht und vom herumgeschubsten Melancholiker mutierte er zum Prügel verteilenden Herrscher. «Old White Clowns» oder «Alte weisse Penner» behandelt den schizophränen Glauben daran, dass unveräusserliche Rechte immer für alle gälten, indem sie die Hochstapelei Debureau mittels seiner Figur entlarven und die sichtbaren und unsichtbaren Herrschaftsverhältnisse in der europäischen Geschichte benennen. Pantomimisch natürlich. *froh.*

«**Old White Clowns**», Di, 21.3. bis Sa, 1.4., 20h (So, 18h), Fabriktheater, Rote Fabrik, Zürich.

## Rechtsextrem

Die Problematik, dass rechtsnational denkende Personen längst nicht mehr nur als Glatzköpfe in Springerstiefeln auftreten, ist altbekannt wie taktisch klug. In den Pandemie Jahren nutzten rechtsextreme Netzwerke die allgemeine Verunsicherung und kaperten etwa eine Demo der Massnahmengegner:innen in Bern im Januar vor einem Jahr, indem sie sich an die Spitze des Umzugs stellten. Der Fachverein «Polito» der Uni Zürich stellt die Fra-



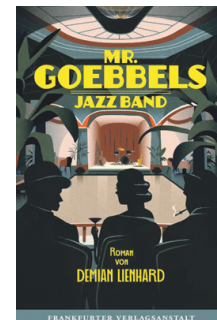
(Raphael Moser)

ge, ob «postfaschistische Gruppierungen normalisiert und Neonazis somit unbeobachtet salonfähig werden» und lädt zum Politpodium: «Das Vergessen der extremen Rechten». Es diskutieren: Susan Boos, Präsidentin des Schweizer Presserates, Fabian Molina, SP-Nationalrat, Marko Kovic, Politikwissenschaftler Schwerpunkt Radikalisierung und Verschwörungstheorien und Mirjam Eser Davolio, Dozentin mit Fachbereich Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Jugendgewalt. *froh.*

«**Das Vergessen der extremen Rechten**», Mi, 22.3., 19h, Zentrum Karl der Grosse, Zürich.

## Propaganda

Demian Lienhard, Schweizer Literaturpreis für «Ich bin die, vor der mich meine Mutter gewarnt hat», recherchierte und schrieb in der Folge die Geschichte der «Mr. Goebbels Jazz Band» (Frankfurter Verlagsanstalt 2023, 320 Seiten, ca. 35.90 Fr.). Auf Befehl des Reichsministers für Propaganda, Joseph Goebbels, installiert das Dritte Reich 1940 ein Jazzorchester für den Auslandsender «Germany Calling». Die Big Band besteht aus den besten europäischen Musikern, die auf-



grund ihrer Existenz als Juden, Ausländer und Homosexuelle sprichwörtlich um ihr Überleben spielen. Bis zu sechs Millionen Brit:innen lauschen den Swing-Stücken und anti-alliierten Hetztexten des Starmoderators William Joyce, der seinen Erfolg an der «Front am Äther» verewigt wissen will und den (fiktiven) Schweizer Autoren Fritz Mahler mit einem Roman beauftragt. Dieser indes funktioniert nicht so stromlinienförmig wie erwartet. *froh.*

Demian Lienhard: «**Mr. Goebbels Jazz Band**», Mi, 22.3., 19.30h, Literaturhaus, Zürich.

## Schnittstelle

Der NZZ-Kunstkritiker Philipp Meier schrieb über die Begegnung mit Louisa Gagliardi wandfühlendem Bild «Tête-à-Tête» an der «Art Unlimited» in Basel im vergangenen Juni: «Was wir da sehen, ist gespenstisch.» 1989 in Sion geboren, ist Louisa Gagliardi ein Kind ihrer Zeit. Gewohnt, sich im virtuellen Raum eine Persönlichkeit nach Gutdünken zurechtzulegen, derweil die Begegnung mit der Realität eine Herausforderung darstellt. Gegenüber der NZZ sagte sie, «ich liebe Storytelling (...) und würde gerne schreiben können». Ihre Bildwelten entstehen am Computer und werden teils physisch nachbearbeitet. Sie zeigen surreal anmutende Szenarien aus dem Traum oder dem Unterbewusstsein in einer formal an den phantastischen Realismus erinnernden Bildsprache. Eine in mehrfacher Hinsicht zeitgleiche Überlappung verschiedenster Schnittstellen. *froh.*

Louisa Gagliardi: «**A moment's note**», 25.3. bis 20.5., Galerie Presenhuber (Maag Areal), Zahnradstr. 1, Zürich. Vernissage: Fr, 24.3., 18h, ebenda.



Louisa Gagliardi, «Cascade»

# Unfallträchtige E-Bikes

**510 Personen wurden im Kanton Zürich 2022 bei einem Verkehrsunfall schwer verletzt, 23 starben. 76 Prozent aller Schwerverletzten und Getöteten waren «ungeschützte Verkehrsteilnehmende» und 63 Prozent Zweiradlenkende, wobei vor allem die Unfälle mit E-Bikefahrer:innen stark zunahmen.**

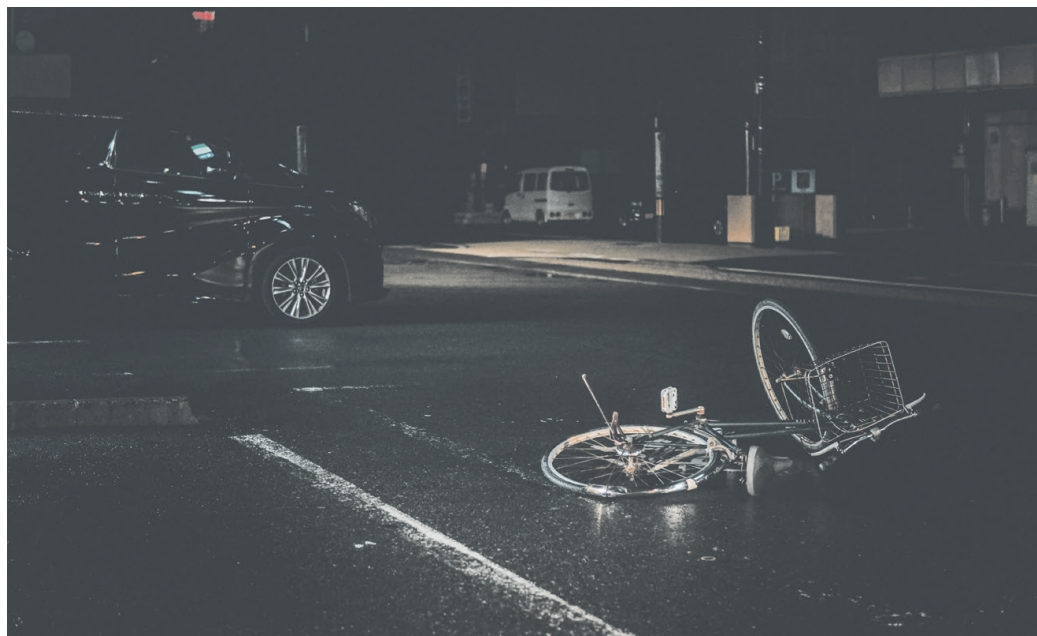
Koni Loepfe

Die gemeinsame Medienorientierung der Verkehrsabteilungen des Kantons und der beiden Städte Winterthur und Zürich haben Tradition, ebenso die Differenzen. Während in den beiden Städten kein einziger Automobilist ums Leben kam, verunfallten auf den Strassen des übrigen Kantons 8 Personen in einem Auto, dafür nur ein Fussgänger. In der Stadt Zürich verstarben hingegen 7 Fussgänger:innen, während in Winterthur 2022 erstmals seit 2014 kein einziges Verkehrsoffer zu beklagen war.

Obwohl 2022 drei Verkehrstote mehr als im Vorjahr zu registrieren waren, kann man nicht von einer Trendwende sprechen. Es handelt sich – wenn man das so sagen darf – eher um einen statistischen Zufall, genauso wie der Fakt, dass im letzten Jahr drei Tote weniger als im Schnitt der letzten fünf Jahre zu registrieren waren. Kein Zufall ist allerdings die sehr gute Entwicklung seit 1971, als noch 260 Personen im Verkehr umkamen. Diese Zahlen nahmen, so Thomas Isler von der Kantonspolizei, dank vieler Massnahmen so stark ab, unter anderem wegen der verschiedenen Geschwindigkeitsbeschränkungen, wegen des Alkoholgrenzwertes, der Helmtragepflicht für Motorräder und der Gurtenpflicht. Dazu kommt, dass viele Velofahrer:innen einen Helm tragen, und unerwähnt: Der Panzer der immer schwerer werdenden Autos gefährdet zwar die Teilnehmer:innen am Langsamverkehr, schützt aber die Automobilist:innen vor dem Schlimmsten.

## Insgesamt mehr Unfälle

Insgesamt nahm die Zahl der registrierten Unfälle im Kanton Zürich um 3 Prozent auf 16 457 zu, was der Zunahme der Bevölkerung und der Fahrzeuge entspricht. Bei 12 392 der gemeldeten Unfälle entstand nur Sachschaden, bei 3667 Unfällen kam es zu Personenschäden, was einem Plus von 7 Prozent gegenüber dem Schnitt der letzten 5 Jahre bedeutet. Die Anzahl der Schwerverletzten nahm mit 510 deutlich um 13 Prozent ab.



Insgesamt nahm die Zahl der Unfälle im Kanton Zürich zwar zu, ebenso die Unfälle mit Personenschäden, die Zahl der Schwerverletzten nahm jedoch deutlich ab. (Bild: Unsplash / Ian Valerio)

Ein Viertel der Unfälle, so Thomas Iseli, ist auf eine Ablenkung zurückzuführen, also etwa auf folgende Klassiker: Der Automobilist stellt während der Fahrt das Radio neu ein oder bedient sein Smartphone, während die Velofahrerin freihändig telefonierend das Loch in der Strasse übersieht. Ty-

## Klassiker: Der Automobilist stellt während der Fahrt das Radio neu ein oder bedient sein Smartphone, während die Velofahrerin freihändig telefonierend das Loch in der Strasse übersieht.

pisch für die Ablenkungsunfälle: Sie ereignen sich meist bei schönem Wetter und trockenen Strassen, tagsüber bei mässigem Verkehr, also immer dann, wenn mann und frau meinen, es gehe auch mit halber Aufmerksamkeit. Die drei Polizeikorps bereiten einen Schwerpunkt gegen dieses Aufmerksamkeitsdefizit vor. Einerseits mit Präventionskampagnen, andererseits aber auch durch Kontrollen und Bussen.

## Unerfreulicher Trend

Der Trend, dass die Zahl der verunfallten Velofahrer:innen zunimmt, setzt sich auch 2022 fort. Das geht vor allem aus den Zahlen der Stadt Zürich hervor, die Wernher Brucks präsentierte. Verunfallten 2013 noch knapp 300 Velofahrer:innen, waren es letztes Jahr 625. Was vor allem gegenüber

2021 eine Zunahme von 135 Verunfallten bedeutet. Mit den herkömmlichen Velos verunfallten allerdings 2020 sogar mehr als 2022 (481 gegen 448). Die rasante Zunahme erfolgte vor allem bei den E-Bikefahrer:innen; hier kam es zu 177 Unfällen. Diese Tendenz ist in Winterthur, wie Christian Götz erläuterte, noch deutlicher: Während die Anzahl der Fahrradunfälle mit gut 100 leicht sank, nahm jene mit Bikes auf gut 80 zu. Die Anzahl der schwerverletzten Velofahrer:innen war mit 7 in Winterthur erfreulich tief, wobei mit 8 sogar mehr E-Bikefahrer:innen schwer verunfallten. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. In erster Linie kamen die E-Bikes in den letzten Jahren zahlenmässig enorm auf (sie wurden auch deutlich günstiger) und zweitens kann man mit dem E-Bike leicht etwas schneller fahren, als man eigentlich beherrscht. Von den E-Bike-Unfällen in Winterthur waren gut die Hälfte Schleuder- oder Selbstunfälle. Wobei vor allem diese Unfälle auch entstehen können, wenn andere Verkehrsteilnehmer:innen im Weg stehen.

In der Stadt Zürich soll es einerseits mit den Velowegen nun vorwärts gehen. Andererseits versucht die Polizei die Sicherheit an den Kreuzungen zu erhöhen, indem der Vorfahrstreifen für die Velofahrer:innen vergrössert wird und indem die Lichtsignale für die Velos früher auf Grün schalten und so das Wegabklemmen für die Automobilist:innen erschweren. Deutlich nahmen die Unfälle mit E-Trottis zu, auf nunmehr 137. Davon sind die Hälfte Solostürze und die andere Hälfte Kollisionen. Ein Letztes, das ja gerade in der Stadt Zürich recht emotional ist: Die Anzahl der verunfallten Kinder nahm mit 88 leicht zu, davon verunglückten 25 auf dem Schulweg.

# Seltener Einzelerfolg

**Der Zürcher Kantonsrat schloss die 1. Lesung des Gesetzes zum Universitätsspital in Uneinigkeit ab. Eine Einzelinitiative des jungen SP-Mitglieds Nick Glättli für einen Kinderhospiz erzielte einen indirekten Erfolg.**

Koni Loepfe

Der Zürcher Kantonsrat schloss mit den Regulierungen der internen Abläufe (unter anderem die Kompetenzaufteilungen zwischen Spitaldirektion, Spitalrat und Kliniken) die erste Lesung zum Gesetz über das Universitätsspital ab. Hatte der Freisinn am Montag zuvor mit einer Rückweisung erst gedroht, machte die Fraktion der Mitte diesen Rückweisungsantrag für die zweite Lesung mit einer schriftlichen Mitteilung nun offiziell. Die unternehmerischen Freiheiten des Spitals würden zu sehr eingeschränkt, lautet die Begründung. Der Antrag der Mitte ist insofern leicht paradox, als gerade ihr Sprecher (und Arzt) Josef Widler in der Eintretensdebatte festgehalten hatte, dass das neue Gesetz, in welcher Form auch immer, die grundlegenden Probleme des Universitätsspitals nicht lösen könne. Er stellte dabei klar, was er für die grundlegenden Probleme des Spitals hält: Es kann die anstehenden Investitionen und Bauten mit den Betriebseinnahmen nicht decken und die Bedingungen für die Angestellten so gestalten, dass sie in genügender Qualität vorhanden sind. Dieses Votum ging auch bei der eigenen Fraktion



Spitalpark und Gebäude West im Frühling: Als der Kantonsrat am Montag die erste Lesung zum Gesetz über das Universitätsspital abschloss, herrschte alles andere als eitel Sonnenschein. (USZ)

**Selbstverständlich ist es für die Leitung des Spitals einfacher, wenn der Kantonsrat oder die Stimmberechtigten bei Entscheiden möglichst nicht berücksichtigt werden müssen.**

unter, und so wird sich in rund einem Monat die Debatte wiederum darum drehen, ob mit einem möglichen Referendum bei Ausgliederungen die unternehmerische Freiheit so stark eingeschränkt wird, dass das Spital nicht mehr konkurrenzfähig sein soll oder ob die Stimmberechtigten des Kantons Zürich über eine Ausgliederung und damit auch eine Teilprivatisierung entscheiden können.

Selbstverständlich ist es für die Leitung des Spitals einfacher, wenn der Kantonsrat oder die Stimmberechtigten bei Entscheiden möglichst

nicht berücksichtigt werden müssen – obwohl sie in letzter Konsequenz diese Entscheide berappen müssen. Ganz rational erklärbar ist die Vehemenz des Widerstands nicht; zumal angeblich keine Ausgliederungen von Kernaufgaben geplant sind. Ich kann mir dafür zwei Bereiche vorstellen: Die Verpflegung und Hygiene samt Unterhalt. Man kann sich streiten, ob das Essen im Spital zur Kernkompetenz gehört oder ob die Verköstigung ausgegliedert werden kann. Nur: Ich sehe dabei keine zeitliche Dringlichkeit und keine wirkliche Einschränkung, wenn dies die Stimmberechtigten entscheiden. Planen allenfalls ein paar Spitäler etwa ein gemeinsames Herz- oder anderes Zentrum, kann ich mir schwer vorstellen, dass dies durch ein Referendum verhindert wird. Es sei denn, es steht der Verdacht im Raum, dass es sich dabei mehr um ein Prestigeobjekt im internationalen Medizinmarkt als um eine Zusammenarbeit zugunsten der hier wohnenden Bevölkerung handelt. Der Ausgang dieser Auseinandersetzung hängt vor allem von der SVP ab. Sie steht mit ihrem Einstehen für das Referendum unter starkem Druck ihrer Verbündeten.

## Hilfe für Kinder

Nick Glättli lernte im Zivildienst den Wert der Palliativabteilung des Waidspitals kennen. Als ihn seine Partnerin darauf aufmerksam machte, dass für Kinder mit unheilbaren Krankheiten ein Hospiz fehle, verlangte er dies mittels einer Einzelinitiative im Kantonsrat. Diese erreichte dank der linken Ratshälfte vor einiger Zeit die nötigen 60 Stimmen zur Weiterbearbeitung in der Kommission. In dieser wurde die Notwendigkeit erkannt,

für Kinder mit einer unheilbaren Krankheit und ihre Eltern mehr zu unternehmen. Zumal das Hospiz so gedacht ist, dass diese Kinder oft noch einige Monate oder Jahre leben, in denen sie eine spezielle Betreuung benötigen. Da derzeit ein privates Hospiz am Greifensee am Entstehen ist (der Bau kostet 18 Millionen Franken, die jährlichen Betriebskosten kommen auf rund drei Millionen Franken zu stehen) und für ein zweites kein Bedarf besteht, empfiehlt die Gesundheitskommission des Kantonsrats statt der Unterstützung der Initiative eine Auslegeordnung zur Hilfe an die Kinder und ihre Eltern. Viele möchten ihre letzten Monate zu Hause und nicht in einem Hospiz verbringen. Das private Hospiz am Greifensee hat die Baubewilligung erhalten und sucht nun dringend Geld. Logischerweise hofft die Stiftung Kinderhospiz auch auf einen Beitrag des Kantons.

Die linke Ratsseite unterstützte am Montag im Kantonsrat nochmals die Initiative. Damit wollte sie nicht die private Initiative konkurrieren, sondern sicherstellen, dass diese finanziell vom Kanton unterstützt wird. Der Gegenvorschlag setzte sich indes durch, was für einmal kein Unglück darstellt. Man kann davon ausgehen, dass eine Folge des Gegenvorschlags auch die Unterstützung der Stiftung sein wird.

Eine parlamentarische Initiative von Jeanette Büsser (Grüne) zur Einreichung einer Ständesinitiative zur Sicherung der Versorgung mit Medikamenten und Wirkstoffen wurde mit 84:81 Stimmen abgelehnt. Was insofern kein Unglück ist, als die 2020 eingereichte Initiative in der Zwischenzeit als Problem auch beim Bund angekommen ist.

# «Wachstum ohne Grenzen geht nicht mehr»

Der Zürcher Gemeinderat möchte sowohl in der Stadtverwaltung als auch in der Privatwirtschaft die 35-Stunden-Woche in wissenschaftlichen Studien untersuchen lassen.

Nicole Soland

Das Hauptgeschäft der Sitzung des Zürcher Gemeinderats vom Mittwochabend bildete eine Motion von David Garcia Nuñez (AL) und Anna Graff (SP) für ein «Pilotprojekt für die Einführung einer 35-Stunden-Woche für städtische Angestellte im Schichtbetrieb». Mit einem Postulat forderten die beiden zudem einen «Pilotversuch für eine Viertagewoche bei maximal 35 Stunden Arbeit pro Woche mit einem gestaffelten, lohnabhängigen Lohnausgleich».

## «Arbeiten, um zu leben»

Zur Begründung der gemeinsam behandelten Vorstösse erinnerte David Garcia Nuñez daran, dass es die 35-Stunden-Woche beziehungsweise entsprechende Versuche bereits in vielen Ländern gebe, von Frankreich und Belgien über Grossbritannien bis Schweden. Damit lasse sich die Lebensqualität «erheblich verbessern». Zudem sei klar, dass es einen gesellschaftlichen Wandel der Wirtschaft brauche, denn «das Wachstum ohne Grenzen geht nicht mehr». Die «ausgebeutete

## «Die ausgebeutete Arbeiterschaft braucht keine Pflasterlipolitik.»

David Garcia Nuñez, AL

Arbeiterschaft braucht keine Pflasterlipolitik», betonte er: «Less is more», also «weniger ist mehr». Das Pilotprojekt solle nicht nur im Care-Bereich durchgeführt werden, sondern müsse auch Dienstabteilungen umfassen, in denen vor allem Männer arbeiteten. Stellenaufstockungen seien wohl nötig, aber ebenso nötig sei es, «alte Zöpfe abzuschneiden».

David Garcia Nuñez hielt weiter fest, die Auswirkungen auf den Lohn seien in den Vorstössen bewusst ausgelassen worden. Als Richtschnur sei davon auszugehen, dass die tiefen Löhne gleich bleiben und die hohen etwas tiefer werden müssten. In Island sei die Umstellung von der 40- auf die 35-Stunden-Woche für 86 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung erfolgreich eingeführt worden, und im schwedischen Göteborg arbeite das Pflegepersonal sechs Stunden pro Tag und sei weniger krank, zufriedener und leistungsfähiger, fuhr er fort und wunderte sich, «weshalb sich der Stadtrat mit Händen und Füßen dagegen wehrt».

Finanzvorstand Daniel Leupi schickte seinen Ausführungen an die Adresse der Motionär:innen voraus, jetzt, wo er gehört habe, dass das städtische Personal «ausgebeutet» werde, sei ihm klar, «dass wir nicht auf demselben Planeten leben». Er wehre sich «entschieden» gegen solche Verlautbarungen. Die Stadt führe regelmässig Mitarbeiter:innenbefragungen durch, um zu erfahren, wie das Personal sich fühle. Es seien nicht so viele gestresst, aber Schichtarbeit sei nun mal «schwierig». Der Stadtrat sei auch nicht untätig, er habe hunderte Stellen in der Pflege geschaffen, Löhne angepasst, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Die Stadt zahle zudem gerade in den unteren Funktionsstufen «okay», und es sei ihm angesichts des Fachkräftemangels ein Rätsel, wo die zusätzlich benötigten Mitarbeiter:innen herkommen sollten. Schliesslich erwähnte Daniel Leupi auch noch das Problem, dass die Einführung einer 35-Stunden-Woche nur in einzelnen Bereichen «je nachdem zu einer massiven Ungleichbehandlung» führen könnte. Er wolle aber keine Lohnklagen wegen Ungleichbehandlung riskieren. Deshalb sei der Stadtrat lediglich bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Zum Postulat führte Anna Graff aus, wir sollten «arbeiten, um zu leben, nicht leben, um zu arbeiten». Wir hätten eine der längsten Arbeitszeiten, und deshalb biete es sich an, die Vier-Tage-Woche auch in interessierten privaten Unternehmen zu testen. Der Fachkräftemangel sei kein Argument dagegen, betonte sie, vielmehr könne man so die Fachkräfte halten. Das zeigten nicht nur Versuche in anderen Ländern, sondern auch im Raum Zürich. In Basel sei bereits beschlossen, dass die Verwaltung künftig 38 Stunden arbeite. Es brauche «menschenfreundlichere Arbeitsbedingungen als die 42-Stunden-Woche, sagte Anna Graff und betonte, «die Zeit und die Gesellschaft bleiben nicht stehen, auch wenn es sich die Rechten wünschen».

## «Privatwirtschaft nicht zusätzlich belasten»

Martina Zürcher (FDP) erklärte, der Fachkräftemangel sei Realität, den Arbeitgebern sei das jedoch bewusst, und einige hätten auch bereits Verschiedenes unternommen. Zudem seien die Beispiele aus dem Ausland nicht nur positiv. Wenn Unternehmen jedoch die Vier-Tage-Woche wollten, könnten sie sie einführen und auch wissenschaftlich begleiten lassen. Dazu brauche es

die Stadt nicht. Deshalb lehne die FDP Motion wie Postulat ab. Martin Götzl (SVP) befand, jede Woche würden im Rat «Millionen verschleudert, zum Beispiel 300 Millionen für den Wohnraumfonds». 35 Stunden arbeiten und 100 Prozent verdienen, das gehe nicht. Die Privatwirtschaft habe in den letzten drei Jahren unter Corona und der Finanzkrise gelitten, man könne es ihr nicht zumuten, zusätzlich die Kosten fürs Personal zu erhöhen.

Florine Angele (GLP) fand, der Inhalt der Motion sei «utopisch und nicht realistisch», das zeige die Antwort des Stadtrats deutlich. Deshalb sei den Grünliberalen auch nicht klar, weshalb dieser bereit sei, sie als Postulat entgegenzunehmen. Ausserdem sei der «Public Private Paygap», der Lohnunterschied zwischen öffentlicher Hand und

## «Care-Arbeit wird immer noch vor allem von Frauen erledigt. Eine 35-Stunden-Woche diene der Gleichberechtigung und würde zu einer faireren Verteilung von Care-Arbeit führen.»

Anna-Béatrice Schmalz, Grüne

privaten Unternehmen, bereits Realität. Christian Traber (Mitte) erklärte, auch die Mitte-/EVP-Fraktion lehne sowohl Motion wie Postulat ab. 42 Stunden seien zwar relativ viel, aber das Gesamtpaket der Arbeitsbedingungen in der Stadt sei gut. Bei den privaten Arbeitgeber:innen könnten jedoch zumindest die Kleinen nicht mithalten, ein solcher Versuch wäre ein schlechtes Zeichen für KMU. Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) hingegen betonte, die Care-Arbeit werde immer noch vor allem von Frauen erledigt. Eine 35-Stunden-Woche diene der Gleichberechtigung und würde zu einer faireren Verteilung von Care-Arbeit führen. Zudem hätte eine kürzere Arbeitswoche auch positive Auswirkungen auf den Klimaschutz, auch die Freizeit würde klimaschonender verbracht. Die Grünen unterstützten sowohl Motion wie Postulat. Mit 60:57 Stimmen überwies der Rat erst die Motion und sodann mit demselben Stimmenverhältnis auch das Postulat.

## Lösung für Haus Konstruktiv

Die Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst und die Löwenbräu-Kunst AG beabsichtigen, noch in diesem Sommer einen langfristigen Mietvertrag für insgesamt rund 1500 Quadratmeter Fläche an der Limmatstrasse 268 und 270 zu unterzeichnen, wie sie am Dienstag mitteilten. Die Räume sollen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der künftigen Mieterin saniert werden, sodass der Umzug des Museums Haus Konstruktiv, aktuell im EWZ-Unterwerk Selnau mit rund 1200 Quadratmetern Fläche, per Anfang 2025 in zwei Schritten erfolgen kann. Die Örtlichkeit ist wenig überraschend, weil auch die Löwenbräu-Kunst AG ein lebendiges Interesse daran hat, den Publikumsstrom in die ehemalige Brauerei wieder zu erhöhen, der sich weiter verdünnte, nachdem sich etliche Galerien mit Blick auf die Eröffnung des Kunsthauseweiterungsbaus in Richtung Rämistrasse verabschiedet hatten. *froh.*

## Hausaufgaben fürs Kunsthhaus

Die Zürcher Kunstgesellschaft als Trägerverein des Kunsthhauses Zürich und damit Eigentümerin der Sammlung hat am Dienstag ein Strategiepapier für die künftige Provenienzforschung der eigenen Sammlungsbestände und der ihr überantworteten Dauerleihgaben vorgestellt. Also alles ausser die Sammlung Bührle, deren historische Aufarbeitung separat vonstatten geht (P.S. berichtete).

Betroffen sind zuallererst die Werke, die zwischen 1933 und 1945 eine Handänderung erfahren haben. Zum Auftakt hat die seit 2019 installierte Stelle für Provenienzforschung, die im Zuge der Intensivierung der Bemühung um Aufklärung personell aufgestockt werden wird, 200 Werke evaluiert, deren Geschichte prioritär zu untersuchen ist. Das langfristige Ziel ist die systematische Überprüfung der gesamten Sammlungsbestände. Ein noch zu bildendes, internationales Expert:innengremium wird die internen Untersuchungsergebnisse überprüfen.

Das Aushandeln einer allfällig notwendig werdenden Lösungsfindung mit Besitzanspruchsberechtigten obliegt der jeweiligen Eignerin, im Fall der Zürcher Kunstgesellschaft ist dies statutarisch festgelegt der Vorstand. Neu wird die Unterscheidung zwischen Raubkunst und Fluchtgut zugunsten der Definition «NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut» fallengelassen, und neu ist die proaktive Recherche nach international gültigen Museumsstandards.

Finanzielle Unterstützung zu erwarten ist vom Bundesamt für Kultur und dem Lotteriefonds des Kantons Zürich, wofür der Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat bereits besteht. Notwendig sind auch Eigenmittel und die fortwährende Akquisition von Sponsoringgeldern. Kommuniziert soll in Zukunft «transparent» werden, sprich: Wenn von Einzelfall zu Einzelfall abschliessende Forschungsergebnisse erzielt worden sind. *froh.*

## Kein linker Gemeindepräsident am See

Eine mittlere Sensation schien nach dem ersten Wahlgang zumindest nicht ausgeschlossen – nun aber wird es auch weiterhin in keiner einzigen Zürichseegemeinde einen linken Gemeindepräsidenten oder eine linke Gemeindepräsidentin geben: Weil das Gemeindepräsidium in Oberrieden, der kleinsten linksufrigen Seegemeinde, nun definitiv in bürgerlicher Hand bleibt.

Dort verpasste indes SP-Gemeinderat Manuel Strickler die Wahl zum neuen Gemeindepräsidenten auch im zweiten Wahlgang vom letzten Sonntag nur relativ knapp. Und zwar um 85 Stimmen. Er kam auf 748 Stimmen. Mit 822 Stimmen zum neuen Gemeindepräsidenten gekürt wurde stattdessen FDP-Gemeinderat Reto Wildeisen. Er war bereits beim ersten Wahlgang im letzten Dezember um 51 Stimmen vorne gelegen, hatte aber das absolute Mehr damals knapp verpasst. Wildeisen tritt die Nachfolge von Martin Arnold (SVP) an, der das Gemeindepräsidium aus gesundheitlichen Gründen abgeben musste. *as.*

## SP verliert an der Goldküste

In Meilen büsst die SP einen ihrer beiden Gemeinderatssitze ein, derweil die SVP ein Comeback feiern kann: Bei Ersatzwahlen vom Sonntag wurde SVP-Kandidat Peter Bösch mit 2123 Stimmen zum neuen Gemeinderat gewählt. Auf seinen Konkurrenten von der SP, Guido Lehmann, entfielen 1172 Stimmen. Die SVP kehrt damit wieder in die Exekutive des rechtsufrigen Bezirkshauptorts zurück, nachdem sie bei den Gesamterneuerungswahlen vom Frühling 2022 ihr einziges Mandat an die Mitte verloren hatte.

Notwendig wurde die Ersatzwahl, weil die langjährige SP-Gemeinderätin Irene Ritz im letzten November ihr Amt aus gesundheitlichen Gründen hatte aufgeben müssen und wenige Wochen später verstorben war. Mit der Sitzverschiebung von der SP zur SVP wird die Exekutive zwar noch bürgerlicher, an der Vorherrschaft der FDP in ihrer Hochburg Meilen, wo die Partei über fünf der neun Gemeinderatssitze (inkl. Präsidium) und damit über die absolute Mehrheit verfügt, aber ändert sich nichts. Neu lautet die parteipolitische Zusammensetzung: 5 FDP und je 1 SP, SVP, Mitte und Parteiloser. *as.*

## Google-Walkout

Vor dem Google-Büro in Zürich standen diese Woche einige Mitarbeiter:innen mehr vor der Tür, als es dem US-Konzern eigentlich lieb war. In Reaktion auf die Massentlassung – Google hatte Ende Januar angekündigt, weltweit 12 000 Stellen zu streichen, 250 davon im grössten Entwicklungssitz ausserhalb der USA in Zürich – protestierten rund 500 Angestellte gegen die Massentlassungen und für einen ausgebauten Sozialplan. Dies kommunizierte die Gewerkschaft Syndicom vorgestern Mittwoch, den 15. März. Der Pro-

test hatte ein Motto: «We walk out for those who can't walk back in.» Breit abgestützte Vorschläge des Personals, wie beispielsweise die Erklärung von rund 2500 Zürcher Google-Mitarbeiter:innen, ihre Arbeitszeit freiwillig zu verkürzen, habe Google nicht berücksichtigt. Trotz Milliardengewinnen werden hierzulande fünf Prozent des Personals also entlassen – die ökonomische Notwendigkeit sei dabei nicht glaubhaft dargelegt worden, heisst es bei der Syndicom. In der «Tagesschau» vom Mittwochabend rügt ein Mitarbeiter vor den versammelten sich solidarisierenden Angestellten den Konzern: «Das ist Bullshit, isn't it?» Finanziell sei es völlig unnötig, Mitarbeiter:innen zu entlassen. Die Syndicom wollte durch eine Personalvertretung die Entlassungen verhindern – gelungen ist es ihr nicht. So bleibt noch die Verhandlung der Personalvertretung über einen Sozialplan, die noch immer im Gange ist. Bei der Gewerkschaft erhofft man sich dabei, dass Massnahmen festgelegt werden können, die eine weitere Reduktion der von der Massentlassung Betroffenen zur Folge haben und die Betroffenen möglichst schnell eine Anschlusslösung finden. *sca.*

## Musik in Bus und Tram

2012 hatte das Bundesamt für Verkehr eine Anfrage, dass Trampilot:innen in ihrem Cockpit eigene Musik hören können, noch abgelehnt. 2021 wurde die Anfrage wiederholt, die Entscheidungskompetenz den städtischen Verkehrsunternehmen übertragen und in Basel ein einjähriger Pilotbetrieb gestartet, der sich bewährt und das Musikhören seit Abschluss des Pilotbetriebs definitiv zugelassen hat. Die VBZ hat – zusammen mit ihren Sozialpartnern – einen solchen Pilotbetrieb nun ebenfalls ausgearbeitet, wie sie in einer Medienmitteilung vom 14. März kommuniziert: Im Führerstand aller Trams und Busse der VBZ wird eine Halterung für Bluetooth-Lautsprecher installiert. Weiter heisst es in der Medienmitteilung,

## IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

**Herausgeber:** P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

**Druck:** CH Media Print AG, St. Gallen.

**Redaktion:** Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochaux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

**Mitarbeit:** Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

**Inserate/Abos:** Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2  
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

**Abopreis:** Fr. 230.– (GönnerInnen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abos: 33.–, www.loopzeitung.ch

die Fahrdienstmitarbeiter:innen können zu einem günstigen Preis einen definierten Bluetooth-Lautsprecher kaufen und zum Musikhören im Führerstand nutzen – bei begrenzter Lautstärke und unter Einhaltung klar definierter Vorgaben für die Mitarbeiter:innen. Wie sehen die aus? «Musikhören ist erlaubt, nicht jedoch das Hören längerer Sprachbeiträge wie Podcasts oder Live-Übertragungen von Sportanlässen.» Die Nutzung mit Kopfhörern ist zudem untersagt. Heisst also: Wir als Fahrgäste werden (leider) nicht mit härtestem Techno um 9 Uhr morgens durch den gesamten 31er-Bus hindurch beschallt, auch halbe Stereoanlagen mit ordentlich Bass wird es wohl nicht zu hören geben – aber hoffentlich tönt ab und an ein gut gelauntes Säuseln vom Cockpit her gen die grantige Menschenschar zu Stosszeiten. *sca.*

### SBB rudert zurück

Die SBB verzichtet auf Teile des geplanten neuen Kundenfrequenzmesssystems. Genauer will sie sich auf die «Kernfunktion des Messsystems» fokussieren und auf die Kundensegmentierung nach Alter, Geschlecht oder Grösse verzichten, so heisst es in einer Medienmitteilung der SBB vom

13. März. Der Entschluss der Konzernleitung geschieht in Reaktion auf grosse Besorgnis in Bezug auf Datenschutz seitens der Bevölkerung. Oder zumindest auch deswegen, kommuniziert die SBB. «Das Vertrauen in die SBB ist mir sehr wichtig», so SBB-CEO Vincent Ducrot. Genau dieses Vertrauen hatte zumindest etwas gewackelt, als die SBB das neue Kundenfrequenzmesssystem im Februar vorgestellt hatte. Laute Kritik gab es seitens verschiedener Organisationen wie AlgorithmWatch CH und der Digitalen Gesellschaft, die starke Kritik am System anbrachten und einen öffentlichen Brief lancierten: Die SBB solle Klarheit bezüglich der Ausschreibung schaffen, keine Infrastruktur zur biometrischen Identifikation, Verfolgung oder Kategorisierung installieren, und von jeglicher Datenerfassung und -bearbeitung im öffentlich zugänglichen Raum absehen, die nicht mit den Grundrechten konform ist. Über 16 000 Personen unterzeichneten den Offenen Brief laut der Medienmitteilung von AlgorithmWatch CH und der Digitalen Gesellschaft. Weiter warnen die Organisationen in der Medienmitteilung aber auch: «Es bleibt Vorsicht geboten.» Es sei weiterhin unklar, in welcher Form Personenströme gemessen werden sollen und ob damit noch immer eine – wenn

auch anonymisierte – Verfolgung von einzelnen Personen möglich werde. «Wir werden der SBB bei ihrem Vorhaben weiterhin genau auf die Finger schauen, damit es nicht zum Einsatz von biometrischen Überwachungssystemen kommt», so Angela Müller, die Leiterin von AlgorithmWatch CH. Bis am 22. März wollen die beiden Organisationen weitere Unterschriften für ihren Offenen Brief sammeln und diesen anschliessend der SBB übergeben, heisst es weiter in der Medienmitteilung. Die Einführung des Messsystems wird zudem vertagt – statt wie bislang geplant im Herbst 2023 soll das Messsystem erst 2025 nach weiteren Abklärungen mit dem Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten eingesetzt werden. Bei der SBB schreibt man zudem, dass der Konzern nur ein System beschafft habe, das vollständig datenschutzkonform ist. «Der Nutzen für das Kerngeschäft Bahn ist für mich jedoch zu wenig gegeben», rechtfertigte sich Vincent Ducrot in Bezug auf die Anpassung des Projekts. Obwohl man also die Befürchtungen aus Politik und Öffentlichkeit ernst nimmt, wird nun zurückgerudert – aber es wäre doch alles in Ordnung gewesen? Oder doch nicht? Wir werden sehen, was der Eidgenössische Datenschutzbeauftragte dazu sagt... *sca.*

### PETITIONSÜBERGABE



Vor der Gemeinderatssitzung vom Mittwoch wurde Stadtrat Daniel Leupi (4. von links) eine Petition mit 1291 Unterschriften überreicht: Den Bewohner:innen der Siedlung Im Glockenacker an der Witikonstrasse 430 – 468 wurde wegen eines Ersatzneubaus gekündigt. Die mit Unterstützung des Mieter:innenverbands lancierte Petition verlangt die Etappierung der Ersatzneubauten, Härtefälle bei den Kündigungen sollen vermieden werden – und der Stadtrat soll die Wohnbautätigkeit in Witikon so lenken, dass der Bestand bezahlbarer Wohnungen sichergestellt wird. *nic.*

# OPER THEATER KONZERT

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:  
kulturmagnet.live

## OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, opernhaus.ch

**Fr 17. März, 19.00, Opernhaus**  
**Roberto Devereux**

Oper von Gaetano Donizetti

**Sa 18. März, 17.00, Opernhaus**  
**Siegfried**

Oper von Richard Wagner

**So 19. März, 11.15, Spiegelsaal**

**Jazz in Paris**

7. Brunch-/Lunchkonzert

14.00, Opernhaus

**Anna Karenina**

Ballett von Christian Spuck

20.00, Opernhaus

**La Cenerentola**

Oper von Gioachino Rossini

## THEATER

### SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 258 77 77, schauspielhaus.ch

**Fr 17. März, 20.00, Pfauen. Ich chan es**  
**Zündhölzli azünde** von Fatima Moumouni  
und Laurin Buser

**Sa 18. März, 20.00, Pfauen. Schwestern**  
nach Anton Tschechow

**So 19. März, 16.00, Pfauen. Gier** von  
Sarah Kane

## THEATER STOK

044 271 20 64, theater-stok.ch

**Fr. 17./Sa. 18./So. 19. März, 20.00/So 17.00**

**Schwierige Liebe - Schwieriger Tod**  
Live-Hörspiel mit Musik und Video-  
bühnenbild / Die Freundschaft  
zwischen Klaus Mann und René Crevel

## THEATER AM HECHTPLATZ

044 415 15 15, theaterhechtplatz.ch

**Fr 17. - So 19. März, Fr & Sa 19.30 /**

**So 18.00. Rob Spence**

**Mi 22. & Do 23. März, 19.30. Dodo Hug**

## KONZERT

### JAZZ CLASSICS

044 206 34 34, ticketcorner.ch, allblues.ch

**Di 28. März, 20.00, Tonhalle Zürich**

**Brad Mehldau piano solo**



Jazz Classics: Brad Mehldau

## DER GEMISCHTE CHOR ZÜRICH

044 206 34 34, www.gemischter-chor.ch

**Do 06. April, 19.30 / Fr 07. April, 16.00**

Tonhalle Zürich

**Giuseppe Verdi: Messa da Requiem**

Margarita Vilson, Sopran; Deirdre  
Angenent, Mezzosopran; Jason Kim,  
Tenor; Karl-Heinz Lehner, Bass  
Tonhalle-Orchester Zürich  
Joachim Krause, Leitung

## VOKALENSEMBLE "ENSEMBLE BLEU"

www.musik-st-georg.ch

**So 19. März, 17.00**

Katholische Kirche Küsnacht ZH

**Chorkonzert "Stabat Mater"** Werke von

Pergolesi, Nystedt, Silvestrov u.a.

## MIGROS-KULTURPROZENT-CLASSICS

BE 0900 325 325, ZH 044 206 34 34, migros-kulturprozent-classics.ch

**Sa 25. März, 19.30, Casino Bern**

**So 26. März, 18.30, Tonhalle Zürich**

**Les Arts Florissants Orchester und Chor**

William Christie (Leitung)

Ana Maria Labin (Sopran), Moritz Kallen-

berg (Tenor), Sreten Manojlović (Bass)

Joseph Haydn – «Die Jahreszeiten»

Oratorium für Soli, Chor und Orchester



## TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich

**So 19. März, 11.15 / 14.15, TZ**

**Robin Hoods Abenteuer Familienkonzert**

**Mi 22. / Do 23. März, 19.30, TZ**

**Paavo Järvi Music Director**

**Fazıl Say Klavier**

Mozart, Strauss

**Fr 24. März, 22.00, TZ**

**tonhalleLATE Paavo Järvi, Music Director**

Strauss, Anschliessend Live Act und

Visuals DJ und Musiker\*innen des TOZ



**p.s.** IBAN: CH40 0900 0000 8756 9389 2

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG

**UR**<sup>®</sup>  
**www.URR.ch**

**Im Auftrag Ihrer Zufriedenheit!**

**Umzug** ✓  
**Transport** ✓  
**Einlagerung** ✓

**+41 62 824 04 40**



# Überzogene Erwartungen

Vor Kurzem wurde die erste Velovorzugsroute an der Baslerstrasse eröffnet. Auch wenn die Route einige Verbesserungen mit sich bringt, wurde sie gleich zu Beginn kritisiert. Die grünen Streifen seien verwirrend und die Strasse noch nicht vollständig vom Durchgangsverkehr befreit. Nun bin ich noch nie auf der neuen Velovorzugsroute gefahren, kenne aber die Strecke durchaus und habe sie nie als schlimme Velostrecke empfunden, da gibt es weitaus üblere Flecken. Nun ist es natürlich legitim, dass Aktivist:innen statt kleinen Verbesserungen grosse Veränderungen wollen. Und es ist auch nicht ihre Aufgabe, Sachzwänge zu erkennen und Realpolitik zu betreiben.

Tatsächlich ist die Frage legitim, warum nach 25 Jahren rotgrünem Stadtrat die Veloinfrastruktur

**Tatsächlich ist die Frage legitim, warum nach 25 Jahren rotgrünem Stadtrat die Veloinfrastruktur immer noch zu wünschen übrig lässt oder es immer noch einen akuten Mangel an bezahlbarem Wohnraum gibt.**

immer noch zu wünschen übrig lässt oder es immer noch einen akuten Mangel an bezahlbarem Wohnraum gibt. Man kann das natürlich auf fehlenden Mut oder Mangel an Konsequenz zurückführen. Vielleicht liegt es ja auch am Personal? Da sieht beispielsweise Silas Hobi, Geschäftsführer von umverkehrR den Hund begraben. In einem Interview mit Tsüri.ch ärgert er sich über die Gegenvorschläge des Stadtrats zu den Stadtklima-Initiativen: «Offensichtlich fehlt es an Visionen und überzeugenden Führungspersonen. Überall, wo verkehrspolitische Errungenschaften erzielt wurden, war es Chefsache. Ob Anne Hidalgo in Paris, Klaus Bondam in Kopenhagen, Miguel Lores in Pontevedra, Ada Colau in Barcelona, Ursula Wyss in Bern und so weiter – da haben charismatische Führungspersonen die Verantwortung auf sich genommen, den Konflikt mit der Autolobby und dem Gewerbe ausgetragen und die Verwaltung auf Kurs gebracht. Mit Erfolg. Das fehlt in Zürich.»

Man kann sich fragen, ob die Wähler:innen halt in den letzten Jahren einfach nicht so die überzeugenden und charismatischen Führungspersonen gewählt haben. Aber vielleicht ist es auch schlicht nicht so einfach. So war Daniel Leupi (Grüne) beispielsweise als Gemeinderat an vorderster Front der Veloförderung. Auch andere Stadträt:innen wie beispielsweise André Odermatt

(SP) sind aktive Velofahrer. Trotzdem ist Zürich noch nicht zur Velostadt geworden. Und auch Richard Wolff (AL) wurde vorgeworfen, er habe im Tiefbauamt den Biss verloren. Solche Gremien haben die Tendenz, Ecken und Kanten abzuschleifen, das liegt ein wenig in der Natur einer Kollegialbehörde. Verwaltungen sind träge Dampfer, Projekte haben eine lange Planungszeit. Das führt dazu, dass auch jene, die im Wahlkampf ankünden, alles anders zu machen, am Schluss dann doch nicht so anders sind. Ganz wie Nationalrat Hugo Sanders in der berühmten Ballade von Mani Matter.

Häufig ist es aber vor allem so, dass eine Politik geprägt ist von Umständen und Überlegungen der damaligen Zeit. Im Nachhinein stellen sich diese vielleicht als falsch oder zu kurzfristig heraus. Aber eben, im Nachhinein ist man schliesslich immer klüger. In den 1990er-Jahren zu Beginn der rotgrünen Mehrheit waren die Stadtfinanzen knapp, die Stadt galt als unattraktiv, als AAA-Stadt, in der nur noch Arme, Alte und Ausländer wohnten. Die Stadt reagierte darauf, in dem sie versuchte, attraktiveren Wohnraum für Familien zu schaffen. Auch bessere Steuerzahler:innen waren gesucht. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, warum ein Gestaltungsplan wie jener zur Europa-Allee 2006 einstimmig durch den Gemeinderat kam (die AL hat sich enthalten). Schon vor der Finanzkrise war die Abhängigkeit der Stadt Zürich vom Finanzplatz ein grosses Thema. Nur der ehemalige Finanzvorstand Martin Vollenyder sprach von einer «Klumpenchance» statt einem Risiko. Hinter diesem Hintergrund sind die Bemühungen zu sehen, andere Firmen und Industrien, insbesondere aus dem digitalen Bereich anzusiedeln. Google und Co hatten auch vor zehn, fünfzehn Jahren bei Weitem nicht das schlechte Image, das sie heute zum Teil zu Recht haben.

Zudem gibt es immer wieder Zielkonflikte. Sanierungen von Siedlungen, gerade auch von Genossenschaften, wurden durchaus auch breit von Rotgrün unterstützt. Nicht nur, weil man den zahlbaren Wohnraum für Familien schaffen wollte, sondern auch weil eine Sanierung aus energetischen und ökologischen Gründen sinnvoll schien. Dabei sind aber auch Altbauwohnungen mit bescheidenem Standard und kleinen Grundrissen verloren gegangen, die dank sehr günstiger Mieten für Mieter:innen mit kleinem Einkommen eine der wenigen Möglichkeiten waren, in Zürich wohnhaft zu bleiben. Auch aus ökologischer Sicht sind diese Ersatzneubauten nicht immer sinnvoll, weil in den Altbauten gespeicherte graue Energie verloren geht und beim Neubau graue CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgestossen werden. Man muss hier der AL durchaus ein Kränzchen winden, die dies schon früh kritisiert hat.

Diese Zielkonflikte gibt es auch im Verkehr. Der Platz in der Stadt ist und bleibt beschränkt. Zürich ist auch deswegen nicht zur Velostadt ge-

worden, weil Zürich eine ausgesprochene ÖV-Stadt ist. Der ÖV geht im Zweifelsfall vor: Man sieht dies auch exemplarisch am Limmatquai, das zwar autofrei geworden ist, aber eine ÖV-Strecke bleibt. Dies auch zu Lasten des Velos, für die das Limmatquai nur mässig attraktiv ist. Man kann diese Priorisierung kritisieren, aber unter dem Strich ist der ÖV jenes Verkehrsmittel, das gegenüber den MIV trotz allem am konkurrenzfähigsten ist. Dann war die Verkehrspolitik jahrelang geprägt vom Damoklesschwert der kantonalen Entmachtung. Bürgerliche Verkehrspolitiker:innen wollten den Städten die Hoheit über die kommunalen Strassen und die eigene Verkehrsgestaltung wegnehmen. Die Absicht: Eine Disziplinierungsmassnahme der rotgrünen Städte. Aus diesem Grund war die Stadt jahrelang übervorsichtig und versuchte, den Kanton möglichst nicht zu verärgern. Und zusätzlich gibt es Vorgaben des Kantons, die eine sinnvolle städtische Verkehrspolitik erschweren. Zum Beispiel der Gegenvorschlag zur Anti-Stau-Initiative, der festhält, dass jeder Spurabbau kompensiert werden muss, also dass so ein Kapazitätsabbau – beispielsweise eben für den Veloverkehr – nicht möglich ist. Erschwerend dazu kommt, dass die Politik – nicht nur in der Stadt – immer Probleme hat, Entwicklungen zu antizipieren. Hitzeminderung ist zwar seit Jahren ein Thema, wurde aber dennoch stiefmütterlich behandelt. Erst jetzt wo die Folgen spürbar sind, wird es zaghaft angegangen.

Man kann das alles als Ausreden abtun. Aber eine ehrliche Analyse und Einordnung kann auch

**Es ist die Aufgabe von Aktivist:innen, die Politik anzutreiben. Aber überzogene Erwartungen führen letztlich stets in die Enttäuschung.**

helfen, Probleme besser zu antizipieren. Es ist die Aufgabe von Aktivist:innen, die Politik anzutreiben. Aber überzogene Erwartungen führen letztlich stets in die Enttäuschung. Und hindern vielleicht daran, auch mal anzuerkennen, was sich real verbessert hat.



Min Li Marti, Verlegerin und Chefredaktorin

# Die 35-Stunden-Woche: Weniger ist mehr

Frankreich, Belgien und Island kennen sie. In Grossbritannien und in Schweden wurde sie erfolgreich getestet und partiell eingeführt. Deutschland spricht seit Jahren über sie und in Spanien ist die Auseinandersetzung mit ihr derart intensiv, dass sie nächstens im weltweit grössten Versuch ausprobiert werden soll. Die Rede ist von der 35-Stunden-Woche. Eine Idee, die bis vor kurzem als Utopie verschrien und von vielen in die Schublade gescheiterter Projekte gesteckt wurde. Doch siehe da: Gerade in diesen postpandemischen und präapokalyptischen Zeiten erlebt sie, die linke Untote, ein regelrechtes Revival. Und zwar in crescendo: Ständig führen Länder, Regionen, Städte und – nicht ganz irrelevant – Privatbetriebe unterschiedlicher Grösse dieses Arbeitsmodell ein.

Die Wiederauferstehung der 35-Stunden-Woche ist allerdings kein Zufall. Studien und erste Erfahrungen in der Arbeitswelt zeigen, dass sie eine realistische Antwort auf die multiplen ökologischen, ökonomischen und sozialen Krisen, in der westliche Gesellschaften stecken, darstellt. Der sich beschleunigende Kollaps von immer grösseren Umweltsystemen, die damit verbundene – und sich auch im aktuellen Kriegskontext noch verschärfende – energetische Krise und die chronifizierte Erschöpfung und Gesundheitsgefährdung der Arbeiter:innen zwingt uns zur Aufgabe des bisherigen Wirtschaftswachstumscredos. Dieses Mal werden

uns weder digitale Effizienzsteigerungen noch die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse den Kragen retten. Nicht kurz-, nicht mittel- und nicht langfristig. Ganz im Gegenteil: Viele dieser «wohlgemeinten» Initiativen katapultieren uns in die nächste Energieverbrauchsliga, womit sich der Höllenkreis, in dem wir stecken, schliesst.

Darum sind nun keine Pflasterchen, sondern strukturelle Eingriffe notwendig. Bisherige Erfahrungen mit der 35-Stunden-Woche zeigen, dass sie die Grundlagen schafft, damit Arbeiter:innen ihren ökologischen Fussabdruck reduzieren. Selbstverständlich hängt das vom Verhalten des Einzelnen ab, doch im Durchschnitt führt die Mehrzeit und das Wenigergeld zur Ausführung von wenigen ressourcenintensiven Aktivitäten. In sozialer Hinsicht erleichtert die 35-Stunden-Woche jenen Wandel, damit Beruf, Privatleben und gesellschaftliches Engagement ins Gleichgewicht kommen. Die Gretchenfrage ist allerdings: Wie steht es um die finanziellen Folgen? Kann sich unsere Gesellschaft und vor allem die einzelnen Arbeiter:innen die 35-Stundenwoche leisten? Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass der Modellwechsel sowohl auf der Gruppen- als auch auf der individuellen Ebene tragbar ist. Die Hauptbedingung besteht allerdings darin, dass die Arbeitszeitverkürzung der unteren Lohnklassen finanziert wird, während die oberen bis obersten Stufen eine moderate Lohnkürzung erfahren. Letzteres wirkt

sich kaum negativ auf diese Personen aus, sofern sie selbst auch das Bedürfnis nach einer Arbeitszeitkürzung haben, was in unseren hypergestressten und übermedialisierten Zeiten praktisch überall der Fall ist. Für einmal gilt hier im wahrsten Sinn des Wortes, dass weniger mehr ist.

In den Zeiten, wo das Pflegepersonal aufgrund einer jahrzehntelangen, katastrophalen Arbeitspolitik sich vom Gesundheitswesen verabschiedet (Stichwort: Pflexit), bietet die 35-Stunden-Woche eine Möglichkeit, um diese gefährliche Dynamik zu unterbrechen. Insbesondere läutet sie das Ende des unsäglichen 50-Stunden-Pensums, welches für Assistenz- und Oberärzt:innen immer noch gilt. Die AL-Fraktion ist ausserordentlich glücklich darüber, dass sie zu dieser ökonomischen, ökologischen und sozialen Verbesserung – trotz der Gegenstimme des Stadtrats – entscheidend beigetragen hat.



David Garcia Nuñez,  
Gemeinderat AL

Die AL erhält von P.S. in der Rubrik »Meh Biss« jeden dritten Freitag im Monat eine Plattform für ihre Themen.

Cartoon by Roman Prelicz



© Roman Prelicz, kynstundkommerz@mac.com

## Feminismus und Klassenkampf

Ich muss zugeben, ich lebe schon ziemlich fest in einer Bubble. Gerade auf Social Media zeigt sich das jeweils deutlich: Viele der Leute, denen ich auf Instagram folge, teilen sehr ähnliche Inhalte wie ich. Umso erstaunlicher finde ich, dass am 8. März mein Feed voll war von Inhalten zum «internationalen Frauentag»!

Ich las Forderungen nach Frauenquoten in der Chef:innen-Etage, Loblieder darauf, dass Frauen nun fast so viel arbeiten wie Männer und Statistiken zu Fortschritten für Frauen im Spitzensport. Ausserdem war mein Feed überflutet von gesponserten Beiträgen zu Rabatten auf Schminke, Periodenunterwäsche und Ohrringe. Das tönt alles nicht so schlimm, aber ich kann weder mit transfeindlichem noch mit neoliberalen Girlboss-Feminismus oder mit dem kapitalistischen Ausschlachten dieses Tages etwas anfangen.

Umso erfrischender also, dass es auch noch ganz andere Posts gab: Zuerst einmal Posts, die auf die Geschichte des feministischen Kampfes

entstanden war. Der 8. März wurde schliesslich als Datum gewählt, weil an diesem Tag im Jahre 1917 in Russland Tausende Fabrikarbeiter:innen gegen den Willen der Gewerkschaften ihre Arbeit niederlegten und auf die Strasse gingen, und so die Februar-Revolution auslösten.

Diese Geschichte ist so wichtig, weil sie eben in Konflikt steht mit heutigen Interpretationen des internationalen feministischen Kampftages, denn: Dieser Tag stand schon immer im Zeichen der Verbindung zwischen Feminismus und Klassenkampf. Es geht weder darum, mehr FLINTA\*-Personen in Positionen zu haben, wo sie andere oder sich selbst ausbeuten, noch darum, den kapitalistischen Arbeits- und Konsumzwang zu stärken. Sondern darum, die Doppel- oder Mehrfachdiskriminierung durch Kapitalismus, Patriarchat und weitere unterdrückende Systeme aufzuzeigen und zu bekämpfen.

Ich erfreute mich auch über Posts mit wirklich intersektionalen, queerfeministischen Forderungen. Forderungen nach Selbstbestimmung über unsere Körper, nach Bekämpfung sexueller Gewalt, nach mehr Rechten für TINA\*-Personen und dem Zusammendenken mit anderen Diskriminierungsformen. Posts, die aufzeigen, dass wir das Patriarchat nur mit dem Ende des Kapitalismus endgültig überwinden können. Und Posts, die dazu aufrufen, die Angriffe der Rechten zu bekämpfen, welche überall auf dieser Welt auf FLINTA\*-Personen abzielen, ihre Rechte und Sicherheit gefährden und häufig damit einhergehen, Faschismus wieder salonfähig zu machen.

Kaum eine feministische Errungenschaft ist sicher, und deshalb ist es umso wichtiger, dass wir weiterkämpfen. Am 8. März, am 14. Juni und darüber hinaus.

tages hinweisen. Die daran erinnern, dass die Idee des Kampftages nämlich aus einer Streikbewegung



Wanda Siegfried,  
Co-Präsidentin Juso Stadt Zürich

## System Change not Climate Disaster

Rapides Artensterben, verheerende Waldbrände, zerstörerische Überschwemmungen und jahrzehntelang andauernde Dürren noch in diesem Jahrhundert. Diese Krisen bedeuten für uns Menschen: Massen werden das Zuhause verlieren, extreme Hungersnöte werden ausbrechen und Kriege um Wasser werden losgetreten.

### Wie kommen wir von diesem vom monetären Profit getriebenen System zu einem von Bedürfnissen gesteuerten System?

Diese menschengemachten Krisen haben ihren Ursprung in den drei zentralen Eigenschaften, die das Weltwirtschaftssystem (Kapitalismus) heute bestimmen. Erstens ist der Kapitalismus stark expansiv. Das bedeutet, dass für das Funktionieren dieses Systems ein ständiges Wachstum benötigt wird. Wie wir alle wissen, ist unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten logisch nicht möglich.

Zweitens hat im Kapitalismus jede:r Akteur:in den Zwang, Kosten auszulagern und den Anreiz, Allgemeingüter auszubeuten (beispielsweise saubere Luft, Regenwälder). Dieser Zwang besteht dadurch, dass alle Akteur:innen einen Nachteil im Wettbewerb haben, wenn sie das nicht tun. Sowohl die Externalisierung von Kosten wie das Ausbeuten von Allgemeingütern hat desaströse Folgen für uns alle.

Als Drittes ist die Problematik der Trennung von Arbeit und Kapital zu nennen (vereinfacht: Den Men-

schen gehört der Betrieb, in dem sie arbeiten {in der Regel} nicht). Dies führt zu Akkumulation (Konzentration und Anhäufung) von Kapital (Fabriken, Häusern...) bei wenigen Personen und zu einer ungerechten Machtverteilung über die Natur und die Gesellschaft.

Diese drei Grundeigenschaften des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems verunmöglichen die effektive Bekämpfung der Umweltkrisen. Zudem streben sie einem würdigen Leben für alle entgegen. Da stellt sich die Frage: Wie kommen wir von diesem vom monetären Profit getriebenen System zu einem von Bedürfnissen gesteuerten System? Wie können wir jetzt mit dem Aufbau einer freien, gerechten, ökologischen Gesellschaft beginnen?

Ein wichtiger konkreter Schritt zu einer solch blühenden Gesellschaft ist die Vergemeinschaftung der Produktionsmittel (Fabriken, Spitäler...). Das heisst mehr Genossenschaften, landwirtschaftliche Kooperativen und gemeinnützige Unternehmungen. Damit alle Menschen ein von Existenzängsten befreites, würdiges Leben führen können, braucht es zusätzlich eine Grüne-Jobs-Garantie, eine Reduktion der Arbeitszeit und den Service public. Eine starke öffentliche Grundversorgung in den Bereichen Gesundheit, Bildung, ökologische Energie, gesunde, ökologische Nahrung und Wohnraum.

Diese öffentliche Grundversorgung soll allen Menschen gleichwertigen Zugang zu diesen lebenswichtigen Bereichen ermöglichen. Die Forschung zeigt, dass solche starken öffentlichen Dienste eine gute Versorgung der Bevölkerung mit deutlich weniger Ressourcenverbrauch ermöglichen.

Gemeinsam schaffen wir den System Change. Gemeinsam für eine freie und sichere Zukunft für alle!



Yves Henz,  
Nationalratskandidat Junge Grüne,  
Gemeinderat der Stadt Zürich

# «Klimaschutz ist ein Menschenrecht»

**Schweizer Seniorinnen verklagen die Schweiz am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, weil sie zu wenig für Klimaschutz mache und so ihre Menschenrechte verletze. Ende März findet die erste Anhörung in Strassburg statt. Im Gespräch mit Lara Blatter erklärt Rechtsanwältin Cordelia Bähr, wie sie die Menschenrechtsverletzungen beweisen will.**

*Seit acht Jahren arbeiten Sie zusammen mit Greenpeace am Fall der «KlimaSeniorinnen». Am 29. März wird er nun vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg verhandelt. Wie geht es den Seniorinnen im Hinblick auf diesen Tag?*

Cordelia Bähr: Diese Frauen kämpfen dagegen, dass die Schweiz ihre Menschenrechte durch ungenügendem Klimaschutz verletzt. Der Verein zählt über 2000 Mitglieder, entsprechend kann ich nicht sagen, wie es den einzelnen Frauen geht. Generell schauen sie mit grosser Freude auf Ende März. Wir haben lange darauf hingearbeitet. Ich habe selten so engagierte Menschen erlebt. Die Klimaseniorinnen kämpfen mit Herzblut für ihre Menschenrechte und damit für besseren Klimaschutz.

*Ihr Vorwurf lautet, die Regierung in Bern tue zu wenig, um die Seniorinnen vor den Folgen der Klimakrise zu schützen. Mit ihrer Politik verletze sie das Recht auf Leben und das Recht auf Privat- und Familienleben. Hat der politische Weg versagt?*

Seit Jahrzehnten wissen wir vom menschengemachten Klimawandel. 1992 hat die Schweiz die Klimarahmenkonvention unterzeichnet. Dort steht in Artikel 2: Wir müssen einen «gefährlichen Klimawandel» verhindern, was heute gleichbedeutend ist mit einer Erderwärmung über 1,5 Grad. Trotzdem sind die Emissionen seit den 1990er-Jahren in der Schweiz kaum gesunken und die selbst gesteckten Klimaziele sind nicht erreicht worden. Das alleine deutet darauf hin, dass die Politik ihre Aufgabe nicht gemacht hat.

*Deshalb gehen Sie nun den juristischen Weg?*

Für einen menschenrechts- und verfassungskonformen Klimaschutz sind das Parlament und die Verwaltung genauso in der Verantwortung wie die Gerichte. Gerade die Verwaltung vergisst man in dieser Debatte oft. Dabei sind sie die Fachexpert:innen vom Bund, die das Parlament beraten und die Verfassungsmässigkeit von neuen Gesetzesentwürfen beurteilen. Doch was ist, wenn das Parlament und die Verwaltung ihre Aufgabe nicht wahrnehmen? Dann sind die Gerichte zuständig, um Menschenrechtsverletzungen zu beurteilen und festzustellen.

*Die Schweiz sieht das anders: Sowohl die Regierung als auch das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesgericht haben die Beschwerde abgewiesen. Warum?*

Die Schweizer Gerichte haben die Debatte bereits an der Eintrittspforte des Gerichts been-

**«Für die älteren Menschen ist die Erhitzung des Klimas keine abstrakte Sache.»**

Cordelia Bähr

det. Alle drei Instanzen mit jeweils einer anderen Begründung. Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) meinte, die Seniorinnen wollten die Emissionen nicht in ihrer Umgebung reduziert haben, sondern global. Darum seien keine individuellen Rechte betroffen. Das Bundesverwaltungsgericht meinte: Es seien alle – Tourismus, Pflanzen, Landwirtschaft, et cetera –, aber die Seniorinnen nicht besonders betroffen. Und das Bundesgericht sagte, dass die Rechte der Seniorinnen und auch von sonst niemandem zum heutigen Zeitpunkt genügend intensiv betroffen seien, weil wir noch Zeit hätten, um den Klimawandel und somit die Erhitzung zu stoppen.

*Sie sprechen von «besonders betroffen». Ist der Verein «KlimaSeniorinnen» deshalb entstanden, weil Studien belegen, dass alte Menschen besonders unter Hitze leiden?*

Ja. In der Schweiz ist es Voraussetzung, dass man aktuell, sprich heute, und besonders betroffen sein muss, um ein Verwaltungsverfahren durchlaufen zu können. Also fragte ich mich: Wer ist vom Klimawandel schon heute stark oder gar am meisten betroffen? Es klingt abstrakt, aber vor diesem Hintergrund ist dann auf Initiative von Greenpeace hin diese Gruppe von älteren Frauen entstanden.

*Der allgemeine Charakter des Klimawandels lässt sich ja in vielen Belangen schlecht fassen und*

*ist für viele Menschen abstrakt. Wie wollen Sie beweisen, dass die Schweiz Schuld hat und die Seniorinnen zu wenig schützt?*

Es gibt viele Studien und Daten, die zeigen, dass ältere Personen – darunter insbesondere Frauen und Menschen mit Atemwegs- und Herz-erkrankungen – ein stark erhöhtes Sterberisiko während der klimabedingten Hitzeperioden haben. Die Beweislage ist dementsprechend gut. Die Schweiz selbst kommuniziert dies auf ihren Webseiten. Während Hitzeperioden gibt die Verwaltung Empfehlungen für ältere Menschen heraus: trinken, Läden runter, im Haus bleiben. Dass Hitzewellen für alte Menschen gefährlich sind, ist im Grundsatz unbestritten.

*Zwar unbestritten, aber man nimmt es offensichtlich zu wenig ernst. Hochwasser, Hitzeperioden und Dürren gibt es, aber hier in der Schweiz betrifft die Klimakrise noch nicht die breite Masse.*

Vielleicht nicht die breite Masse, aber die Seniorinnen leiden im Sommer, was sie eindrücklich in zahlreichen Schreiben an den EGMR schildern. Auch belegen die Arztzeugnisse der Einzelklägerinnen, die neben dem Verein «KlimaSeniorinnen» Partei sind, dass sie hitzebedingte Beschwerden haben. Für die älteren Menschen ist die Erhitzung des Klimas keine abstrakte Sache. Sie warten zuhause mit heruntergelassenen Rollos, bis die Hitzeperioden endlich vorbei sind. In den letzten Hitzeperioden gab es in der Schweiz Hitzetote im drei- bis vierstelligen Bereich.

*Können Gerichte überhaupt über derart komplexe gesellschaftliche und politische Fragen rund um die Klimakrise entscheiden?*

Ja, denn so komplex ist die Forderung gar nicht. Die Klimaseniorinnen fordern nicht mehr, als das, was die Schweiz sich selbst zum Ziel gesetzt hat. Auf internationaler Ebene hat sich die Schweiz zum 1,5-Grad-Limit bekannt. Verschiedene Studien zeigen klar, dass die Politik diesem Versprechen mit der derzeitigen und geplanten Klimapolitik nicht nachkommt.

*Die Verhandlung wird historisch. Zum ersten Mal überhaupt überprüft der EGMR in einer öffentlichen Verhandlung, inwiefern ein Staat wie*



Rechtsanwältin Cordelia Bähr ist das juristische Gesicht der Klimaseniorinnen. (Foto: Walter Bieri)

die Schweiz die Treibhausgasemissionen stärker reduzieren muss, um die Menschenrechte der eigenen Bevölkerung zu schützen. Wenn die Schweiz verurteilt wird: Was bedeutet das für die weltweite Klimapolitik?

Es wird stark darauf ankommen, wie der Entscheid begründet ist. Und aufgrund von welchen Rechtsverletzungen die Schweiz verurteilt wird. Es gibt da diverse Varianten. Kommt der Gerichtshof im Grundsatz zum Entschluss, dass die Schweiz mit ihrer Klimapolitik die Menschenrechte verletzt, muss der Bund die Klimagesetzgebung anpassen.

Die dann aber auch wieder gekippt werden kann. Jedes gut gemeinte Gesetz kann mit einem Referendum zu Fall gebracht werden. Im Juni 2021 wurde auf diese Weise das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz zu Fall gebracht. Haben wir punkto Klimawandel ein Problem mit unserem direktdemokratischen System?

Die Schweiz hat die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) unterzeichnet und die Schweizer Stimmbevölkerung hat sich im Rahmen des direktdemokratischen Systems 2018 mit der Ablehnung der «Selbstbestimmungsinitiative» erneut zu den Menschenrechten bekannt. Die Seniorinnen erwarten von der Schweiz und allen Akteur:innen, dass der Entscheid des Gerichtshofs akzeptiert und in nationales Recht umgesetzt wird. Die Entscheide des EGMR sind verbindlich.

«Wenn die Menschenrechte keine Antwort auf die grösste Herausforderung der Gegenwart geben können, sind sie gescheitert», sagte ein Professor für Umweltvölkerrecht an der Universität Zürich zur NZZ. Würden Sie das so unterzeichnen?

Ja. Die 17 Richter:innen in Strassburg tragen eine grosse Verantwortung sowohl den Menschenrechten als auch dem Klima gegenüber.

## «Die Chancen stehen so gut wie noch nie.»

Cordelia Bähr über die bevorstehende Verhandlung.

Brauchen wir härtere Strafen oder Massnahmen, damit die Klimakrise ernst genommen wird?

Ich will mich nicht auf einzelne Massnahmen festlegen, das ist die Aufgabe der Politik. Es gibt viele Wege, die zum Ziel führen. Da ist der Kreativität keine Grenzen gesetzt.

Die Klimaseniorinnen klagen aufgrund ihrer eigenen Gesundheit, die gefährdet ist. Der Sieg hätte aber eine viel grössere Auswirkung. Warum ist der Fall auch weit über die Schweiz hinaus wichtig?

Die Beschwerde der Klimaseniorinnen und der vier Einzelklägerinnen ist eine von drei Klimaklagen, die der EGMR vor der Grossen Kammer verhandeln wird. Inwiefern ist das Klima relevant fürs Menschenrecht? Diese Frage steht zentral im Raum und der EGMR wird wohl anhand von diesen drei Fällen die diesbezüglichen Leitplanken bestimmen. Es geht nicht nur um die Schweiz, welche gegebenenfalls zu mehr Klimaschutz verpflichtet würde, der Fall betrifft alle Staaten des Europarates. Die Entscheide des EGMR stellen wichtige Präzedenzfälle für zukünftige Klima-Fälle dar und haben Gewicht, auch weit über Europa hinaus. Weltweit gibt es schon über 2000 Klima-Klagen.

Fälle wie die Klimaseniorinnen oder Aktivist:innen, die vor Gericht landen, weil sie Strassen blockieren, gibt es immer mehr. Andere Klagen gehen gegen private Unternehmen. So wurde Shell 2021 verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen bis 2030 drastisch zu reduzieren. Oder dem Zürcher Bezirksrichter Roger Harris wurde gar vorgeworfen, er urteile zu aktivistisch, weil er nicht mehr bereit war, friedliche Demonstrant:innen schuldig zu sprechen. Ist unser Rechtssystem auf den Klimawandel vorbereitet?

Was die Seniorinnen geltend machen, ist eine korrekte Umsetzung und Anwendung des geltenden Rechts. Eine Anpassung ist diesbezüglich nicht notwendig. Die Menschenrechte sind offen formuliert. Es ist heute von vielen Seiten unbestritten, dass Klimaschutz ein Menschenrecht ist.

Wie stehen die Chancen in Strassburg?

Die Chancen stehen so gut wie noch nie, dass der Gerichtshof feststellen wird, dass die Menschenrechte der Seniorinnen von der Schweizer Klimapolitik verletzt werden.

Hat die Schweiz Angst vor Ihnen als Klima-Anwältin?

Nein, das denke ich nicht. Meine Aufgabe ist es, die Seniorinnen in meiner Rolle als Anwältin zu vertreten und ihre Menschenrechtsverletzung geltend zu machen. Die Entscheidung treffe nicht ich, sondern der Europäische Menschenrechtsgerichtshof. Stellt der EGMR eine Menschenrechtsverletzung fest, bedeutet das mehr Klimaschutz; vor mehr Klimaschutz braucht niemand Angst zu haben.

# Solarpaneele im Schatten der Wasserkraft

**Der Nationalrat hat diese Woche den sogenannten Mantelerlass erneuerbare Energien beraten. Welche Weichen hat er mit seinen Entscheiden gestellt, und wie geht es nun weiter? Eine Übersicht.**

Nicole Soland

Über nichts Geringeres als die «Energieversorgung der Zukunft» hat der Nationalrat diese Woche laut einer SDA-Meldung vom Montag beraten. Worum genau geht es?

Dazu erst mal ein kurzer Rückblick: Am 21. Mai 2017 stimmten 58,2 Prozent der Abstimmenden dem revidierten Energiegesetz zu. Es soll dazu dienen, den Energieverbrauch zu senken, die Energieeffizienz zu erhöhen und die erneuerbaren Energien zu fördern. Zudem enthält es das Verbot, neue Atomkraftwerke zu bauen. Diese erste Tranche der Umsetzung der Energiestrategie 2050 trat zusammen mit den entsprechenden Verordnungen auf Anfang 2018 in Kraft.

## Was war damit konkret geschafft?

Dazu findet sich auf der Webseite des Bundesamts für Energie eine Zusammenstellung mit dem Titel «Energiestrategie 2050 nach dem Inkrafttreten des neuen Energiegesetzes»: Beschlossen waren damit beispielsweise Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, zum Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der Atomausstieg. Nutzung und Ausbau der erneuerbaren Energien, die im nationalen Interesse liegen, sollten bei Interessensabwägungen eine bessere Ausgangslage bekommen, und Neuanlagen in Biotopen von nationaler Bedeutung sowie in gewissen Reservaten sollten ausgeschlossen sein. Die Stromnetze sollten weiterentwickelt und die entsprechenden Bewilligungsverfahren optimiert werden.

Weitere Neuerungen betrafen einen Netzzuschlag für die Förderung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien, der beispielsweise für Marktprämien für Gross- und Investitionsbeiträge für Kleinwasserkraft sowie Biomasse verwendet werden soll. Auch ist seither der Umbau der heutigen kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) zu einem Einspeisevergütungssystem mit Direktvermarktung festgeschrieben. Ab dem sechsten

Jahr nach Inkrafttreten des ersten Massnahmepaketes sollte es keine neuen Verpflichtungen im Einspeiseprämiensystem mehr geben und ab dem Jahr 2031 keine neuen Investitionsbeiträge bzw. Einmalvergütungen mehr. Das hat sich jedoch als zu ambitiös erwiesen.

## Will heissen?

Dazu gibt ein Faktenblatt des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) zum «Bundesgesetz für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» Auskunft, also der unter dem Namen «Mantelerlass» geführten Revision des Energie- und des Stromversorgungsgesetzes. Darin heisst es, die auslaufenden Fördermassnahmen schafften Unsicherheiten und hemmten Investitionen, die Strombranche brauche jedoch Planungssicherheit: «Der Bundesrat schlägt darum vor, die Fördermassnahmen zu verlängern, sie gleichzeitig aber auch wettbewerbler auszugestalten.»

Der Mantelerlass wurde dafür allerdings schon im Erstrat, dem Ständerat, zu spät beraten, nämlich in der Herbstsession 2022 (siehe P.S. vom 7. Oktober 2022). Dass die Fördermassnahmen dennoch weiterlaufen können, ist einer parlamentarischen Initiative von Bastien Girod (Grüne, Zürich) zu verdanken, mit der diese drohende «Förderlücke» geschlossen werden konnte (siehe P.S. vom 15. Juli 2022). Allerdings zeichnete sich damals bereits ein Punkt ab, der auch die aktuelle Debatte prägt.

## Welcher denn?

Zur Vorlage gegen die «Förderlücke» gab es wie üblich eine Vernehmlassung, in der beispielsweise die Schweizerische Energiestiftung (SES) darauf hinwies, dass die angepassten Vergütungssätze in der Energieförderungsverordnung eines zeigten: «Die Photovoltaik erhält am wenigsten Geld pro zusätzliche Kilowattstunde.» Das sei schwer verständ-

lich: «Statt billige Photovoltaik-Anlagen zu fördern, werden diese Kilowattstunden durch Förderungen anderer Technologien mit teils deutlich höheren externen Kosten, z.B. durch Schäden an Natur und Landschaft, verdrängt», schrieb die SES weiter.

## Und was hat das mit der aktuellen Debatte zu tun?

In der Fassung des Ständerats, der sich der Nationalrat diese Woche weitgehend anschloss, enthält das Energiegesetz verbindliche Zielwerte für die Jahre 2035 und 2050. Diese betreffen den Ausbau der Wasserkraft und der anderen erneuerbaren Energien sowie die Senkung des Energie- und Elektrizitätsverbrauchs pro Kopf, wie die SDA damals zusammenfasste (siehe P.S. vom 7. Oktober 2022). Die Wasserkraft soll demnach 37,9 Terawattstunden bis 2035 und 39,2 Terawattstunden bis 2050 erreichen, während die Zielwerte für die anderen erneuerbaren Energien bei 35 Terawattstunden bis 2035 bzw. 45 Terawattstunden bis 2050 liegen. Der durchschnittliche Verbrauch pro Person und Jahr muss gegenüber dem Jahr 2000 bis 2035 um 43 Prozent und bis 2050 um 53 Prozent gesenkt werden. Massnahmen für mehr Energieeffizienz sollen bis spätestens 2035 zu einer Reduktion des Stromverbrauchs um zwei Terawattstunden führen, was die Versorgungssicherheit im Winter verbessern soll. Dasselbe Ziel soll ein Zubau von Wasserkraftwerken bis 2040 erreichen helfen. Zur Absicherung gegen ausserordentliche Situationen wird mittels Ausschreibung jährlich eine Energiereserve gebildet.

Umweltbestimmungen für den Bau wie auch den Bestand sowie die Erweiterung und die Erneuerung von Anlagen zur Produktion von erneuerbaren Energien sollen zwar in Kraft bleiben, aber, so die SDA weiter: «Der Schutz von Biotopen und von Wasser- und Zugvogelreservaten von nationaler Bedeutung, in denen ein Drittel der geschützten Arten lebt, wird aufgeweicht.»

### Hier wollte der Nationalrat doch Gegensteuer geben?

Ja, und das hat er auch getan: In Biotopen von nationaler Bedeutung, in Wasser- und in Zugvogelreservaten können auch künftig keine Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien gebaut werden. Mit diesem Punkt muss sich somit nochmals der Ständerat befassen. Allerdings konnte die rot-grüne Ratsseite nicht verhindern, dass die bürgerliche Mehrheit andere ihrer «roten Linien» überschritt: Nachdem sich die Kommissionmehrheit noch dagegen ausgesprochen hatte, die Restwasservorschriften bei Neukonzessionierungen von Wasserkraftwerken zu sistieren, bis die Ausbauziele erreicht sind, stimmte der Nationalrat am Montag mit 95 zu 94 Stimmen bei einer Enthaltung dafür. Auch damit muss sich der Ständerat folglich nochmals befassen.

### Weshalb ist dieser Entscheid aus Sicht der Linken und der Umweltschützer:innen inakzeptabel?

Die NZZ vom Mittwoch erinnert an die Vorgeschichte der Restwasservorschriften: «Die Vorgaben im Gewässerschutzgesetz waren ein Kompromiss, auf den sich die Vertreter von Wasserwirtschaft, Bauern und Fischern geeinigt hatten. Daraufhin zog der Fischereiverband seine Initiative «Lebendiges Wasser» zurück. Das war 2010.» Den Antrag, die Restwasservorschriften zu sistieren, brachte Nicolo Paganini (Mitte / SG) ein. Laut der NZZ geht er selber gern fischen... Doch ohne die Sistierung der Restwasservorschriften drohe ein Verlust an Stromproduktion, sagte er in der Debatte, und dieser betrage «je nach Schätzung zwischen 1,9 und gegen 4 Terawattstunden pro Jahr. Das entspricht in etwa ein- bis zweimal der Totalproduktion der von der Grande Dixence gespeisten Kraftwerke». Nadine Masshardt (SP / BE) entgegnete ihm, dieser Eingriff stehe «in keinem Verhältnis zum ökonomischen Nutzen». Der Produktionszuwachs liege laut Verwaltung «deutlich unter 200 Gigawattstunden». 2022 hätten wir rund 1000 Gigawattstunden Solarstrom zugebaut, und der Ersatz der Elektroheizungen würde Einsparungen von 2 Terawattstunden bringen, fügte sie an: «Mit anderen Massnahmen können wir sehr viel mehr und das vor allem sehr viel rascher erreichen, als wenn wir bei den jetzt schon trockenen Bächen noch das Restwasser verringern.»

**Weil der Rat auch hier gegen die Empfehlung seiner Kommissionmehrheit abstimmte, droht also das Referendum. Dafür ist jenes Referendum, mit dem die SVP drohte, vom Tisch, oder?**

Die SVP hatte für den Fall mit dem Referendum gedroht, dass der Rat seiner Kommission folgen und eine Solarpflicht für bestehende Bauten beschliessen solle – beziehungsweise in den Worten von Mike Egger (SVP/SG), wenn der Rat «diesem Mist zustimmen» sollte. Nun gibt es aber lediglich eine Pflicht für Neubauten sowie bei erheblichen Um- und Erneuerungsbauten, etwa bei



Die Bürgerlichen setzen vor allem auf Wasserkraft, die linksgrüne Ratsseite möchte die Solarenergie stärker fördern. (Bild: Ex-Press / Urs Keller)

Dachsanieierungen. Was natürlich nichts daran ändert, dass die SVP gar keinen Solarstandard will, auch nicht für Neubauten... Kurz: Die «Technologie mit dem grössten Ausbaupotenzial», wie Gabriela Suter (SP/AG) betonte, soll auch weiterhin im Schatten der Wasserkraft stehen, obwohl deren Potenzial langsam, aber sicher ausgeschöpft ist. Immerhin kamen die Anträge von FDP und insbesondere SVP zur Kernkraft nicht durch: Die SVP wollte den Bau neuer Atomkraftwerke zulassen, also das Gegenteil dessen, was die Stimmberechtigten vor nicht einmal sechs Jahren, am 21. Mai 2017, mit 58,2 Prozent Ja beschlossen haben.

### Und die Moral von der Geschichte'?

Am Mittwoch hat der Nationalrat die Vorlage schliesslich mit 104:54 Stimmen bei 33 Enthaltungen angenommen. Dagegen war die SVP, die Grünen haben sich enthalten. Die Hoffnung auf einen vernünftigen Kompromiss, die man sich aufgrund der Empfehlungen der vorberatenden Kommission des Nationalrats machen konnte, hat sich jedoch zerschlagen: Die links-grüne Ratsseite musste Kröten schlucken, während die roten Linien der SVP respektiert wurden und sie mal wieder als Siegerin vom Platz geht.

### Inwiefern?

Kommt es beispielsweise wegen der Restwasservorschriften zum Referendum, kann sie den

Linken, Grünen und Umweltschützer:innen mal wieder genüsslich um die Ohren schlagen, sie seien die grössten Verhinderer:innen der Produktion ebendieser erneuerbaren Energie, die sie stets lauthals forderten. Gleichzeitig kommen allfällige Referenden der SVP auch insofern entgegen, als dass sie am liebsten weiterhin nur auf Wasser- und auf Kernkraft setzen möchte. Denn je mehr Zeit verstreicht, bis es endlich richtig losgeht mit dem dringend nötigen Zubau der Erneuerbaren, desto grösser wird die Gefahr eines Engpasses – und dann kann sie erst recht auftrumpfen und subito neue AKW fordern. Dass der Baubeginn frühestens in 20 Jahren erfolgen könnte, braucht man ja nicht an die grosse Glocke zu hängen... schliesslich stehen die nächsten Wahlen schon in wenigen Monaten an. Taktisch gesehen wäre es folglich das Beste, kein Referendum zu starten, sondern möglichst rasch möglichst viele Solarpanels auf die Dächer zu bringen und damit Tatsachen zu schaffen, die der SVP nicht passen dürften – aber dafür uns allen nützen. Zudem stirbt die Hoffnung bekanntlich zuletzt: Bundesrat Albert Rösti hat in der Debatte angetönt, der Ständerat, der nun wieder am Zug ist, könnte bei den Restwassermengen korrigieren, den Solarstandard rausnehmen und Vorzugsgebiete für die Energieplanung wieder einführen. Daraus könnte ein Kompromiss entstehen, den sowohl Grüne als auch SVP mittragen könnten.

# Wo Wo Wohnraum neu denken



Am diesjährigen Wohnforum der ETH diskutierten Jung und Alt darüber, wie Jung und Alt zusammenwohnen können.  
(Bild: ETH / Matteo De Mattia)



## Am Freitag letzter Woche fand an der ETH Zürich das Wohnforum 2023 statt. Der Hauptfokus lag auf dem «Generationenwohnen». Auffallend waren eine sehr positive Grundstimmung gegenüber dem, was bisher ausprobiert wurde, leichte Unsicherheiten gegenüber der Umsetzung von neuen Wohnformen – und verhalten formulierte, aber durchaus harsche Systemkritik.

Sergio Scagliola

Wie wohnt die Gesellschaft der Zukunft? Die Antwort am Wohnforum der ETH Zürich war einstimmig: Sie wohnt intergenerationell. Oder man hoffte an der Tagung zumindest, dass es in diese Richtung geht. Neue Wohnformen sind wichtig, nötig – aber sind sie nicht ein Nischenthema? Zu spezifisch, um im breiteren Kontext gelebt und umgesetzt zu werden?

Die Anwesenheitsliste der Tagung war so homogen wie gleichzeitig divers: Von Immobilienverwalter:innen der Pensionskassen über Raumplaner:innen und Angestellte von Gemeinden bis hin zu den Stiftungsmitarbeiter:innen mit Fokus Bauwesen – lediglich die Bauherren der ganz grossen Immobilienfirmen, die waren rar bis nicht vor Ort. So breit, so divers, aber gleichzeitig auch so nah beieinander, denn die Anwesenden hatten allesamt ein ähnliches Ziel vor Augen: ausserhalb des momentanen Standards für Wohnraum nach neuen Lösungen für die Probleme der Zukunft, aber auch der Gegenwart zu finden. Oder anders gesagt: Das Stichwort Profitmaximierung wäre am Freitag letzter Woche an der ETH etwas fehl am Platz gewesen. Und so systemkritisch man auch war, wie beispielsweise, als eine Rednerin völliges Unverständnis dem grundlegenden Konzept der Privatisierung von Boden entgegenbrachte und darauf pochte, das Kollektivverständnis voranzubringen, so wenig Einwände seitens derer, die den Boden privatisiert haben, wurden geäussert. Vielleicht trauten sie sich auch nicht, wenn es um solidarisches Zusammenleben geht, über privatisierten Boden zu sprechen – aber wahrscheinlicher ist, dass sie einfach nicht da waren. Aber vielleicht war das auch gut so, weil, wie sich während der Tagung zeigen sollte, Wohnen viel komplizierter ist, als man erwarten würde. Ein engstirniger Fokus auf das Finanzielle wäre dabei kontraproduktiv.

### Vereinsamung

Zunächst musste festgestellt werden, wo denn überhaupt die Probleme der Gegenwart bezüglich Wohnraum festzumachen sind. Wieso muss dem Generationenwohnen überhaupt so viel mehr Beachtung geschenkt werden? Pasqualina Perrig-Chiello, Professorin an der Universität Bern, widmete ihren Vortrag unter anderem einem Thema, über das nicht gerne gesprochen wird: der Einsamkeit. Und die Epidemie der Einsamkeit ist schon längst daran, sich auszubreiten. Nicht umsonst hat Grossbritannien schon seit 2018 – also noch vor der Pandemie, in deren Kontext das Thema Einsamkeit etwas an Aufsehen gewonnen hat – eine Einsamkeitsbeauftragte. Sie wurde in Reak-



Vom Vortrag bis zur Podiumsdiskussion: Die Teilnehmer:innen am Wohnforum hatten ein straffes, oft theorie-lastiges, aber umso erkenntnisreicheres Programm zu besuchen. (Bild: ETH / Matteo De Mattia)

tion auf eine unangenehme Beobachtung besetzt, im UK gelten rund neun Millionen Personen als einsam. Das hat auch mit dem Standard bezüglich Wohnraum zu tun. Wer abgekapselt in einer Wohnung sitzt und für den einzigen alltäglichen Kontakt mit dem unmittelbaren räumlichen Umfeld vielleicht mal gegen den Lärm von unten auf den Boden stampft oder mit dem Besenstiel an die Decke schlagend gegen den Staubsauger im Obergeschoss ankämpft, vereinsamt. Eine Kehrseite der individuellen Freiheit und Selbstbestimmung, die durch diese Abkapselung zu sozialer Exklusion führen können. Oder in den Worten von Pasqualina Perrig-Chiello: «Je mehr ich auf mich schaue, desto einsamer werde ich mich machen.»

### «Je mehr ich auf mich schaue, desto einsamer werde ich mich machen.»

Pasqualina Perrig-Chiello

Die Einsamkeit ist eine hartnäckige Epidemie: Nicht nur macht Vereinsamung krank, sie ist schwierig vorzubeugen, die Intervention ist teuer und kompliziert und sie ist ein Tabuthema. Zudem weitläufig verbreitet, wenn auch bei den älteren Generationen besonders auffällig, obschon Pasqualina Perrig-Chiello betonte, dass «die Demografisierung sozialer Probleme» vom Eigentlichen

ablenke: Einem System, in dem alle für sich schauen. Kein Wunder also, nehmen die Einpersonenhaushalte ganz generell zu. Und wie bricht man den Trend? Mit Gemeinschaft! Aber: Intergenerationelle Solidarität ist keine Selbstverständlichkeit. Und sie ist auch nicht allgemeingültig. Weil: Generationenthemen sind auch Genderthemen. Hohe Solidaritätserwartungen gelten insbesondere für Frauen. Wenn Wohnraum neu gedacht werden will, muss es auch die Care-Arbeit.

### Ver-, für- und vorsorgen

Diesem Thema widmete sich die Raumplanerin Barbara Zibell, eine Forscherin, die sich mit feministischer Methodik den raumplanerischen Herausforderungen anzunähern versuchte. Und sie stellte fest: Wir müssen von einer anderen, akkurateren Definition des Wohnens ausgehen. Denn Care-Arbeit ist nicht nur Pflege und Fürsorge, sondern umfasst auch das Versorgen und Vorsorgen im Wohnkontext. Die Charta von Athen, die 1933 von Stadtplanern und Architekten verabschiedet wurde, gilt als Grundlage für die Aufgaben, die die moderne Siedlungsentwicklung zu erfüllen hat: Wohnen, Arbeiten, Erholen und Bewegen. Die Arbeit wird dabei als Aspekt im Städtebau gesehen, der mit der Siedlung, wo gewohnt, erholt und bewegt wird, verbunden werden muss. Dass (unbezahlte, nicht als Arbeit gewürdigte) Arbeit aber auch da geleistet wird, wo gewohnt wird, berücksichtigte die Charta nicht. Reine «Schlafstädte», also Siedlungen, in denen nicht gearbeitet wird, existieren nur für die, die einen «entsorgten



Im ersten Stock des ETH-Hauptgebäudes hatte sich eine Menschenschau voll raumplanerischer Kompetenz versammelt. (Bild: ETH / Matteo De Mattia)

Alltag» haben – wenn die Arbeit im Wohnraum «outsourced» wird. Ein neuer Ausgangspunkt ist gefragt: Wohnen sei nicht nur Wohnraum, Erholung und Bewegung, sondern auch Schutz (durch Verortung und Identität), Versorgung (Existenz und Subsistenz) und Integration (Familie, Nachbarschaft, Gemeinwesen). Und mit diesem neuen Ausgangspunkt würde das Quartierleben gestärkt – und die Quartiere in ihrer Rolle als Vorreiter und Impulsgeber ebenso.

«Es gibt nicht die Raumplanung», fasste Barbara Zibell zusammen: «Raumplanung folgt immer Modellen, Konzepten, Gesetzen und Prinzipien.» Und diese muss man anpassen – indem Politik, Raumplanung und die Immobilienwirtschaft zusammenarbeiten und der sektorale Aufbau, dass alle für sich denken, neu gedacht wird.

## Hürdenlauf

Die Umsetzung des Umdenkens scheitert jedoch oft an der Finanzierung, merkte eine Zuschauerin an. Das Problem sei, dass neuartige Ideen oft in den Gremien und Verwaltungsräten ins Stocken geraten und schliesslich übergangen werden. Was soll man mit den renditegetriebenen Finanzmensen in der Chefetage tun? Barbara Zibell räumte ein, dass das ein nicht individuell lösbares Problem ist – sondern vom Umdenken abhängig ist. Wirtschaft sollte etwas sein, das der Bevölkerung dient, sie muss den Support leisten, um leben zu können. Kritische Raumplaner:innen tauschen sich seit Jahrzehnten aus, die Vernetzung ist vorhanden, aber es scheitert an der Rezeption.

Dass Bedarf für neue Wohnformen aber vorhanden ist, zeigte sich in der anschliessenden Podiumsdiskussion, wo unter anderem SP-Ständerätin und Präsidentin der Wohnbaugenossenschaften Schweiz Eva Herzog mitdiskutierte. Sie merkte an, dass es nicht allzu viele Menschen gibt, die intergenerationell wohnen – eine gewisse Nischenhaftigkeit habe das Generationenwohnen durchaus. Was nicht heisst, dass ein ausgebautes Angebot

mit solchen Wohnformen nicht nötig oder wünschenswert sei. Der Bedarf an gemeinschaftlichem Zusammenwohnen zeige sich bei den Genossenschaften, wo viele Zuziehende genau dieses Gemeinschaftliche schätzen würden. Und das Modell der Genossenschaften zeige weiter, dass auch das Profitmodell funktioniert. Christian Wenger, Geschäftsleitungsmitglied in der Immobilienbewirtschaftung bei der Pensionskasse «Pensimo» kritisierte weiter, dass die Frage «Wie wohnen Menschen?» zu wenig berücksichtigt wird – weil viele Bauträger im Anlagewesen ein klares Stakeholder-Denken hätten. Aus seiner Erfahrung bewähre es sich, den Schritt zu wagen. Und finanziell sei es gar nicht ein so grosses Risiko, wie der Gegenwind zu Beginn solcher Projekte seitens des renditegetriebenen Standards vermuten liesse. Besonders gut argumentieren müsse man aber trotzdem. Der Leiter der Fachstelle Alterspolitik und alt-Stadtrat von Schaffhausen Simon Stocker bekräftigte Christian Wengers Aussagen. Auch politisch seien solche Ideen schwierig durchzubringen. Aber: Alte wollen nicht lediglich unter Alten leben. Und neue Wohnformen sind auch nicht immer organisierte Wohnformen, sondern fördern primär Durchmischung. Das wünschen sich viele. Zudem können bauliche Massnahmen, wie solche zugunsten von Barrierefreiheit, eine organische Durchmischung zur Folge haben – Kinderwagen und Rollstühle haben infrastrukturell nicht unähnliche Ansprüche.

## Daueraufgabe

Am Nachmittag ging es schliesslich – in zeitbedingter Abwesenheit des P.S. – um die praktischen Umsetzungen des Generationenwohnens, wo sich Bewohner:innen und Wohnformen-Planer:innen über Alltagsbeobachtungen, persönliche Eindrücke und interne Prozesse austauschten. Ein nicht minder spannender Einblick, wenn auch die Makroebene die grossen Probleme der Wohnbaupolitik etwas prägnanter zum Ausdruck bringen konnten, als es die Mikrokosmen der einzelnen

Projekte taten. Gut also, versuchten die Co-Leiterin des Kompetenzzentrums Partizipative Gesundheitsversorgung Heidi Kaspar und Wohn- und Gesundheitsforscher Ulrich Otto die Erkenntnisse des Tages in eine kürzere, resümierte Form zu bringen. Bei allem Lärm um «neue» Wohnformen schien nämlich etwas ein wenig in den Hintergrund gerückt zu sein: Generationenwohnen ist nicht nur die Wohnform der Zukunft, sondern auch der Vergangenheit. Sie muss nur neu gedacht werden. Mit-einanderwohnen heisst nicht aufeinanderwohnen, sondern die Nachbarschaft gemeinschaftlich zu gestalten, ein neues Verständnis der Nachbarschaft aufzubauen, die von gemeinsamen Werten getragen wird. Ziel sind Gemeinschaften, die füreinander Sorge tragen – und nicht etwa Care-Arbeit auf eine Gruppe oder Rolle zu projizieren. Und weil Arbeit mitgedacht werden muss, wird umso klarer: Zusammenleben ist manchmal wunderschön, und manchmal auch ein bisschen anstrengend.

Und wie das Zusammenleben, ist auch die Entwicklung einer neuen Raumplanung manchmal anstrengend. «Wie toll, dass ihr dranbleibt», lobte Ulrich Otto. Gerade wenn das Neudenken fordernd und die Konzepte für viele ungewohnt seien. Dennoch gebe es viel Unerledigtes. Beispiel Wohnraumsuffizienz: Obwohl man hierzulande so viel darüber spricht, gibt es wenig Lösungen. Obwohl es nicht ein Wollen, sondern ein Müssen wäre. Aber wie weiter? Nach Ulrich Otto auf jeden Fall nicht «moralinsauer». Die Lösung kann nicht sein, dass alle Alten einfach ihre Wohnfläche reduzieren müssen. Vielmehr sollen alle klugen Konzepte zusammengeführt werden – und noch viel mehr. Angesichts Krieg, Not und Inflation sei weiter sehr fragwürdig, wieso so wenig Radikalisierung in der Ausarbeitung neuer Konzepte entsteht – eine Redimensionierung sei ein Muss. Und Respekt gebühre denen, die dranbleiben. Der Wohnforscher sieht uns vor einer grossen Prüfung: «Wir müssen das Wohnen erst noch lernen, und das ist sicher eine Daueraufgabe.»

# Obacht, Macht

**Die zweigeteilte Ausstellung «Satanische Verse & verbotene Bücher» im Museum Strauhof ist im unteren Stock mit dem Fokus auf die Zensur stark, während im Obergeschoss die Fragestellung wie auch die dazu präsentierte Haltung regelrecht zerfleddern.**

Thierry Frochoux

Das Kämpferische der Erlangung einer Selbstermächtigung steht an erster Stelle: Die Worte der Sklavin Jennie Proctor beschreiben, wie sie sich Mitte des 19. Jahrhunderts in Alabama mit Noah Websters «The american spelling book» heimlich und nächtens das Lesen selber beigebracht hatten und damit die Bestrebung der Herrschaft, sie dumm zu halten, unterliefen. Daneben prangt das «Lob des Lernens» aus Bertolt Brechts Theateradaption von Maxim Gorkis «Die Mutter» an der Wand: «Lass dir nichts einreden, schau selber nach. Was du nicht selber weisst, weisst du nicht.» Die Vorstellung der «idealen Gesellschaft» als einer, in der bloss eine Elite über Wissen verfügt, geht der Ausstellung gemäss bis auf Platon zurück: «Die Kunst der Dichter bringt die Bürger:innen auf falsche Gedanken und destabilisiert letztlich das Gemeinwesen.» Die Ausstellung des Kurator:innentrios Rémi Jaccard, Philip Sippel und Käthe Wünsch stellt zuvorderst klar: Es geht immer um Macht. Sie zu bewahren oder zu erlangen.

## Kirche, Dynastien, Staatssysteme

Ob die Katholische Kirche, die chinesische Ming-Dynastie, die stalinistische Sowjetunion, die noch jungen Vereinigten Staaten von Amerika oder die Tyrannei des Nationalsozialismus – alle haben die Gefahren des sogenannten freien Denkens erkannt und nach Möglichkeit mit drakonischen Strafen zu bannen getrachtet. Wenn als Möglichkeiten nur richtig und falsch existieren, muss jemand darüber richten. Im Fall der klassischen Zensur ist das der Staat oder eine weitere übermächtige Obrigkeit. Ausgestellte Beispiele verbotener Druckwerke reichen von der wissenschaftlichen Erkenntnis eines Galileo Galilei über philosophische Grundlagen eines Immanuel Kant bis zur Selbstermächtigung einer Simone de Beauvoir, die zu ihrer Zeit als Bedrohung für das geltende Weltbild, also die Macht der Herrschaft angesehen wurden. Die Hinweise auf eine Reihe meist literarischer Werke aus den letzten 150 Jahren, die unter dem Aspekt der moralischen Verwerflichkeit mit einem teilweisen Bann belegt wurden, sind erst lesbar, wenn ein mit Stichworten bedruckter Deckel zur Seite geschoben wird. Zu jedem Werk



Das Wort war seit jeher Mittel zur Machtausübung und die Deutungshoheit darüber entsprechend umkämpft. (Gataric Fotografie)

steht neben einer Inhaltsangabe die jeweilige Karriere, die sich im Verlauf der Jahrhunderte auch in ihr Gegenteil verkehren konnte. Die «120 Tage von Sodom» des Marquis de Sade zum Beispiel gelten in Frankreich seit 2017 als «nationaler Kultur-

## Beim Werk steht die jeweilige Karriere, die sich im Verlauf der Jahrhunderte auch in ihr Gegenteil verkehren konnte.

schatz», was der Nationalbibliothek 4,5 Millionen Euro für den Erwerb der Erstausgabe wert war.

## Wehret den Anfängen

Anhand der Sammlung Martin Dreyfus, die seit 1967 systematisch Erstausgaben der von den Nazis verbrannten Bücher sammelt und der künstlerischen Auseinandersetzung damit durch Annette Kelm steht der Nationalsozialismus im Fokus. Auffallend ist die beiderseitig gleich lautende Parole «wehret den Anfängen», die engagierte Literat:innen gegenüber dem sich etablierenden Regime genauso verwendeten wie das Regime gegenüber den von ihnen als zersetzend eingestuften Werken, – und sei es die Soldatenmoral. Bis hierhin ist die Ausstellung konzis und in den konkret ausgewählten Fällen häufig nicht nur lehrreich, sondern auch verblüffend. Wer das Sagen hat, benötigt keinen Grund für ein Verbot. Das mag die Brücke zu Salman Rushdies «Satanische Verse»

schlagen, dessen Verfasser von Ruhollah Chomeini mit einer Fatwa belegt wurde, die dessen Nachfolger Ali Chamenei nochmals bekräftigte. Das Erstaunen im Westen, dass diese Fatwa auch dreissig Jahre später noch sogenannten Gläubige zur Vollführung der Tötungsaufforderung animiert, hat auch etwas Naives. Gegen die Verbreitung des Inhaltes – namentlich nochmals erschwert durch die Digitalisierung – blieb der Bann indes machtlos.

## Streit um Einfluss

Je heutiger die Ausstellung wird, desto diffuser zeigt sich die Gemengelage und wird letztlich in der Betitelung auch nur noch mit einem Fragezeichen versehen geäussert. Versammelt sind mehrere Bestrebungen, die Unterbindung einer Verbreitung von Buchinhalten zu erwirken, die im Tonfall teils ausnehmend gehässig daherkommen. Allerdings unterscheidet die Ausstellung hier nicht mehr zwischen irgendwie geartetem Tunnelblick alias Fanatismus und einer dem ersten Exponat entsprechenden Bemühung zur Erlangung einer Selbstermächtigung. Zudem ist die Toninstallation gerade bei regem Publikumszuspruch nur suboptimal. Dieses kleine Ärgernis hat allerdings auch zur Folge, dass sich über die intellektuelle Auslegeordnung der hier sträflich vereinfacht zusammengefassten, nicht zusammengehörenden Problematik eine Begegnung mit dem eigenen Unwissen einstellt (Strafrecht) und so letztlich auch die profunde Überprüfung einer eigenen Haltung wie automatisch stattfindet.

«Satanische Verse & verbotene Bücher», bis 21.5., Museum Strauhof, Zürich.

# Ist die Klimageschichte «auserzählt»?

## Samstag, 18. März

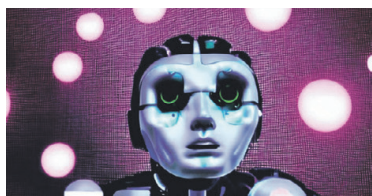
8.30 SWR: «**Was hilft, wenn Jugendliche nicht zum Unterricht kommen?**» Katja Hanke über den Umgang mit Schulverweigerung.

11.00 DLF: «**Kahlschlag im Urwald.**» Rumänien und die Holzmafia. Manfred Götzke in der Reportage-Reihe Gesichter Europas. Die letzten grossen Urwälder Europas fallen dem Kahlschlag zum Opfer. Illegal; die Bäume werden zu Holzpellets oder Bauholz verarbeitet oder an internationale Möbelkonzerne geliefert. Und die Klimaschutz-Regelungen der EU verstärken den Raubbau, denn Holzpellets zählen zu den erneuerbaren Energien, werden gefördert. Inzwischen verfolgen zwar NGO, woher das Holz kommt, das die Trucks in die Sägewerke fahren, filmen die Abholzung in Naturschutzgebieten und klagen. Doch wer gegen die Holzmafia vorgeht, lebt gefährlich. Wiederholt wurden auch Waldarbeiter getötet, von denen es heisst, sie hätten sich gegen illegale Praktiken aufgelehnt.

17.00 SWR: «**Zeitgenossinnen.**» Katja Petrowskaja, Schriftstellerin. Auch wenn sie in Berlin ist, wo sie seit über zwei Jahrzehnten lebt, ist ihr der Krieg in ihrem Geburtsland, der Ukraine, nah. Seit einem Jahr sind es vorab Bilder von dort, die sie beschäftigen.

19.00 SWR: «**Gute Dinge haben viele Besitzer.**» Krimi von Dirk Schmidt. Feiertagsschicht; ein junger Mann soll unbedingt noch bis zum Jahresende abgeschoben werden. Dienst ist Dienst. Auch wenn die Beteiligten mit moralische Bedenken kämpfen...

20.00 SRF 2: «**Siren\_web\_client\_exe**» von Christine Nagel. Angekündigt ist die Produktion als «ein Audio-Experiment über die Zukunft des Radios, wie wir es heute gerade noch kennen. Zugleich eine tönende Hommage an die Geschichte des Hör-



spiels.» Siren ist eine KI-Stimme, die von einer Radiomoderatorin entwickelt wurde, um damit Freiheit zu gewinnen... Gleichzeitig beim DLF als Ursendung: «Echo.» Burlesque von Jan Wagner. Echo wurde als Nymphe zum Nachplappern verdammt. «Wo sonst als in einem Hörspiel sollten ihr – vierstimmig, vielschichtig, mit Witz und Bitterkeit – Leib, Leben und Lieben zurückerstattet werden?» Wagner, der Lyriker, hat dafür mit dem Komponisten Sven-Ingo Koch und Regisseur Leonard Koppelman zusammengearbeitet. Abschliessend: «Tanzende Stimmen, singende Körper.» Die amerikanische Künstlerin Meredith Monk.

21.00 SRF 2: «**Vokalperformance II.**» Pionierinnen: Carla Henius, Cathy Berberian in Musik unserer Zeit.

22.00 DLF: «**Der Klang soll sich frei bewegen.**» Annäherungen an den Musiker und Komponisten Christoph Staude. Ein Beitrag von Hanno Ehrler im Atelier neuer Musik. Gleichzeitig bei SWR 2 Kultur die Jazztime: «Der Gitarrenheld, der lieber Saxofonist geworden wäre.» Das Phänomen Allan Holdsworth. Nach 23 Uhr folgt hier: «Otaku Nation.» Hörstück von Udo Moll. «Aus allen Richtungen schallen Ansagen, Explosionen, Gefiepe, 8-Bit-Gedudel, penetrante Game-Musik. Kleine Stahlkugeln rattern durch Automaten»...

23.00 DLF: «**Kulturraum, Forschungsziel, Sehnsuchtsort.**» Eine Lange Nacht über das Meer. Gestaltet von Berit Hempel und Burkhard Reinartz. Mit dabei ist Antje Boetius, Leiterin des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung.

## Sonntag, 19. März

8.30 SWR: «**Die Keilschrift – ein faszinierendes Kulturerbe.**» Science Talk mit Adrian Cornelius Heinrich vom Institut für Altorientalistik der Universität Jena.

9.30 DLF: «**Im Auserzählten.**» Erzählen, Klimakrise und Gesellschaft. Essay von Kathrin Röggla. Die globale Geschichte der sich dramatisch zuspitzenden ökologischen Krisen wird als Untergangserzählung vorgetragen, als Warnung und Mahnung. Doch je lauter und je drastischer wir sie erzählen, umso weniger wird sie gehört oder gar verstanden. Kann ein Stoff, ein Thema auserzählt sein?

11.00 SRF 2: «**Zwei mit Buch.**» Ein Querdenker zwischen den Weltkriegen. Clemens Setz' neuer Roman über «Monde vor der Landung».

12.00 SWR: «**Diamantenkrimi auf Jiddisch.**» Netflix dreht in Antwerpen. Margalit Berger und Anja von Cysewski berichten.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Heute mit Beni Thurnheer, Sportreporter.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Felicitas Hoppe, Schriftstellerin.

14.00 SWR: «**Ich schaute nach Hörnern und Schwänzen, aber sie hatten keine...**» Der Abessinienkrieg und die italienischen Kriegsverbrechen im Faschismus. Feature von Roman Herzog. Wie gefährlich ist das Nicht-Wissen über die damaligen Ereignisse angesichts der neo-faschistischen Regierung in Rom?

15.00 SRF 2: «**Langston Hughes, Zora Neale Hurston und die Harlem Renaissance.**» Passage von Franziska Hirsbrunner. Zwischen den Weltkriegen etablierte sich im New Yorker Stadtteil Harlem eine afroamerikanische Bewegung, die nicht allein Keimzelle der späteren Bürgerrechtsbewegung war, sondern vielen als wichtigste US-amerikanische Kulturbewegung des 20. Jahrhunderts gilt.

18.20 SWR: «**Die Arbeit an der Rolle.**» Ein musikalisches Hörspiel von Noam Brusilovsky und Lucia Lucas – nach einer Erzählung von E.T.A. Hoffmann. Heldenbaritonistin?

20.00 DLF: «**My Placenta – My Ritual.**» Urmoderne Bräuche rund um den Mutterkuchen. Feature von Maria Antonia Schmidt.



23.00 SWR: «**Schein des Geldes.**» Radioessay von Lucas Zeise. In seinem philosophisch-ökonomischen Versuch will er «einige Widersprüche über diesen alltäglichen Gegenstand klären, der ausserdem die Grundlage unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist.»

## Montag, 20. März

8.30 SWR: «**Unterschätzte Klimaretter und Biotope.**» Richard Fuchs über die Hecken.

14.00 SRF 1: «**Zundelheini und Zundel Fritz.**» von Fritz Zaugg, Reprisen.

15.00 SWR: «**Unterwegs in Uschorod.**» Die letzte Reportage von Christiane Seiler aus der Stadt im Westen der Ukraine.

15.30 SWR: «**Unser Deutschlandmärchen.**» Roman von Dincer Gücyeter. Der Lyriker blicke in seiner autobiografischen Familiengeschichte über drei Generationen vorab auf die Frauenschicksale: «von archaischer Verwurzelung in anatolischem Leben und von der Herausforderung, als Gastarbeiterin und als deren Nachkomme in Deutschland ein neues Leben zu beginnen.» Lesung in 13 Folgen.

## Dienstag, 21. März

8.30 SWR: «**Schokolade ohne Ausbeutung.**» Benjamin Breitegger zum Versuch von Ghana, faire Kakaopreise durchzusetzen.

15.00 SWR: «**Basketball ist Jazz.**» Grace über den Sportler, Musiker und Lehrer Ernest Butler.

19.15 DLF: «**Fear of Losing New York.**» Auf der Suche nach einer verschwundenen Stadt. Feature von Thomas Reintjes und Matthias Röckl. 2020, im März, legte Covid nicht nur die City lahm. Wer es sich leisten konnte, kehrte der Stadt den Rücken... Folge drei einer vierteiligen Corona-Serie.

20.00 DLF: «**Ding fest machen.**» Ein Hörstück von Ulrike Haage nach Aufzeichnungen der Bildhauerin Louise Bourgeois.

22.00 DLF: «**Was von der Geige der Arbeiter blieb.**» Simon Schomäcker über die Kultur der Mandoline heute.

## Mittwoch, 22. März

8.30 SWR: «**Das Prinzip des Lebens.**» Susanne Rostokys über unsere DANN.

10.00 DLF: «**Zwischen Enthusiasmus und Ernüchterung.**» Warum engagieren sich Menschen in der Politik?

15.00 SWR: «**Lügendetektor-Test.**» Tom Noga zu dessen Einsatz beim Vorwurf des Kindesmissbrauchs.

20.00 DLF: «**Sabbat statt Krieg.**» Eine transkarpatische Fluchtgeschichte. Erzählt von Martin Becker. Parallel dazu bei SWR 2 Kultur: «Lieder in Eis und Schnee.» Ariane Huml zur Liedkultur jenseits des Polarkreises. Und bei SRF 1 blödeln im «Spaspartout» die Satire-Fraktion.

21.00 DLF: «**Es geht um was.**» Eckart von Hirschhausens Bühnenabschied. Er wolle nach 35 Jahren Bühnenleben mehr Zeit für seine Stiftung «Gesunde Erde – Gesunde Menschen» und für den Klimaschutz haben. Humor allein reiche ihm einfach nicht mehr. «Wir müssen nicht das Klima retten – sondern uns!»

## Donnerstag, 23. März

8.30 SWR: «**Hat das Denken ein Geschlecht?**» Christoph Drösser über der, die, das Gehirn.

15.00 SWR: «**Barfuss durch den Müll.**» Margarete Blümel über Kinderarbeit in Indien.

20.00 DLF: «**Systemfragen.**» Immer am Mittwoch. Danach noch eine Kulturreportage aus dem Reich der Jukeboxen, Tubas und Müll-Instrumente.

## Freitag, 24. März

8.30 SWR: «**Schneller Kredit in der Not.**» Jeanette Schindler über das Pfandleihhaus.

15.00 SWR: «**Draussen.**» Vom Leben wohnungsloser Familien in Berlin. Feature von Marie von Kuck.

20.00 DLF: «**Die Vergessenen.**» Geflüchtete Frauen in Deutschland. Feature von Katrin Kleemann und Maria Caroline Wölfe. Durch den Krieg in der Ukraine rückte ein Thema in den Fokus, das bislang zu wenig Aufmerksamkeit bekam: Frauen auf der Flucht. Doch seit Jahren schon ist weltweit rund die Hälfte der Geflüchteten weiblich. Durch sexualisierte Gewalt, ein traditionelles Rollenverständnis, die Verantwortung für mitreisende Kinder, Schwangerschaft und Menstruation haben Frauen andere Fluchterfahrungen und Bedürfnisse als Männer. Selten sind Hilfsangebote auf diese speziellen Bedürfnisse ausgerichtet. Ändert sich das jetzt? Und bei SRF 2 geht es in der «Passage» um den 1917 geborenen Comic-Autor Will Eisner: «Von Gott, Kakerlaken und einem maskierten Helden.» Zweitausstrahlung am Sonntag nach 15 Uhr.

22.00 SWR: «**Licht und Liebe!**» Angela Steidele über ihren neuen Roman.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen.

Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!

# Bücher der Woche

## Friedrich Dürrenmatt



Die folgenden zwei Kurzbesprechungen handeln von Büchern, die stark von wissenschaftlichem Interesse geprägt sind und bei denen die sprachliche Verständlichkeit für Allgemeinbildete nur sehr bedingt im Vordergrund standen. Bei Dürrenmatt sticht hervor, dass

der Dichter faktisch sein ganzes werktätiges Leben während des Kalten Kriegs führte. Er veröffentlichte seine erste Erzählung 1945 und starb 1990.

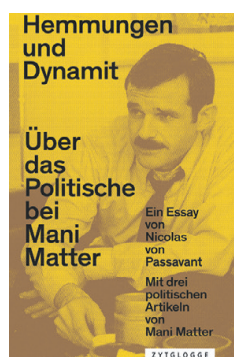
Dürrenmatt gilt vor allem im Vergleich zu seinem Freund und Rivalen Max Frisch als eher unpolitischer Schriftsteller, was nur insofern zutrifft, als er sich nie politisch einordnen liess. Er war sowohl Antikapitalist wie auch Antikommunist, er liess sich aber, gerade hochaktuell, von der Vorstellung der Schweiz als «Insel der Glückseligen» alles andere als einlullen. Wie er es in der berühmten Havel-Rede (1990) bewies, als er die Schweiz auch mit einem Gefängnis verglich. Mit Theaterstücken wie den «Wiedertäufern» oder den «Physikern» befasste er sich zudem explizit mit politischen Positionen, wobei er mehr fragte, als antwortete. *kl.*

Michael Fischer: **Rauchen in der Fabrik.** Friedrich Dürrenmatts politisches Denken im Kalten Krieg. Chronos Verlag 2021, 290 Seiten, 52.90 Franken.

## Mani Matter

Bei Mani Matter sind die politischen Bezüge sehr klar, auch wenn seine Lieder von allen geschätzt wurden. Er war Gründungsmitglied und zeitweise auch Präsident der Kleinpartei «Junges Bern», einer der Wurzeln der sehr bunten grünen Bewegung Berns. Entstanden war diese Partei in den 1950ern aus Missbehagen an der Starrheit der Parteien, die damals einem Einheitsblock nahe kamen.

Eines der zentralen Themen, die Mani Matter auch in seiner nicht abgeschlossenen Habilitationsschrift beschäftigten war, dass man Widersprüche aushalten musste. Er sah, anders als Max Imboden in seinem berühmten Buch «Helvetisches Malaise» (1964), den Weg weniger in zusätzlichen Hebeln der Mitbestimmung (abgesehen vom

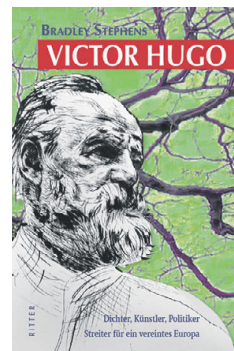


Frauenstimmrecht) als in einer Befähigung zur Ausübung der vorhandenen Möglichkeiten. Nicolas von Passavant zeigt anhand der Lieder und der theoretischen Schriften, dass sich Mani Matter intensiv und vielseitig mit dem Thema der Gewalt befasste und er sich für eine Ideologisierung aussprach, auch wenn er an den 68ern nicht direkt teilnahm. *kl.*

Nicolas von Passavant: **Hemmungen und Dynamit.** Über das Politische bei Mani Matter, mit drei politischen Artikeln von ihm. Zytlogge 2022, 169 Seiten, 29.90 Franken.

## Victor Hugo

Im Gegensatz zu den ersten beiden Büchern, die sehr ins Detail gehen, versucht Bradley Stephens Leben und Werk von Victor Hugo auf 300 Seiten zu konzentrieren. Was angesichts des umfangreichen (sein berühmtestes Werk «Les misérables» umfasst 1500 Seiten) und vielfältigen Werkes samt der ausufernden Biographien nicht ganz so einfach ist.



Er erlebte das abwechslungsreiche 19. Jahrhundert Frankreichs in seiner fast ganzen Länge auch als aktiver Politiker. «Hugo war der Archetyp des Romantikers, der immer der Harmonie den Hof machte, während er selbst zu

einem Leben voller Dissonanzen genötigt war, und der aus dieser Not die Tugend machte, sie als Weg anzusehen, der zu einem intensiveren und reicheren Leben, näher bei Gott, führte.»

Von der Kirche hielt er allerdings nicht viel, dafür umso mehr von den Werten der französischen Revolution, deretwegen er im zweiten Kaiserreich ins Exil musste. Er besass ein ausgesprochenes Ego und war zugleich unsicher. Sicher aber ist, dass seine Werke zu jenen mit der grössten Verbreitung in fast allen denkbaren Medien gehören. *kl.*

Bradley Stephens: **Victor Hugo.** Aus dem Englischen von Gundl Feyrer. Ritter Verlag 2022, 322 Seiten, 43.90 Franken.

## Krimi der Woche



Violetta Morgenstern, pensionierte Primarlehrerin, arbeitet weiter für das geheime Schweizer Killerministerium Tell. Sie erledigt ihre Aufträge innovativ und lässt jeden erfolgreichen Fall wie einen Unfall aussehen. Dabei ist ihr wichtig, dass Zielpersonen es verdient haben, zu verunfallen. Violettas

Leben läuft hervorragend, bis sie entdeckt, dass ihr geliebter Freund für Tell eine Zielperson ist. Impulsiv greift sie ein, alles gerät ausser Kontrolle, und unvermittelt kommt sie selber auf die Eliminierungsliste von Tell. Sie kann fliehen, taucht unter; ihr junger Kollege Miguel, ein ehemaliger Söldner, geht mit. Die beiden werden zu Gejagten,

sie verstecken sich abenteuerlich. Sie übernehmen private Aufträge aus dem Untergrund und möchten so weiterhin für Gerechtigkeit sorgen. Als zusätzliche Dienstleistung bieten sie Ermittlungen an: «Recherchen aller Art, spezialisiert auf unlösbare Fälle.» Violetta findet: «Es wäre an der Zeit, wieder mal honorarfreies Gutes zu tun.» Der erste Fall in der Recherchier-Sparte führt sie zu Familie Zimmerli in Schwarzmoos. Deren zwölfjähriger Sohn Jonas ist unter mysteriösen Umständen zu Tode gekommen. Die polizeilichen Ermittlungen blieben oberflächlich und wurden abgeschlossen mit dem Vermerk «Autounfall mit Fahrerflucht». Die Zimmerlis können das nicht akzeptieren und suchten im Darknet Kontakt zu Violetta Morgenstern und Miguel Schlunegger.

Die Abklärungen um Jonas' Tod sind Schwerpunkt des Plots. Die beiden erkunden Schwarzmoos, nehmen die mächtige Position der Firma ToblerTech als grösstem Arbeitgeber zur Kenntnis und müssen feststellen, dass sie im Dorf uner-

wünscht sind. Violetta und Miguel finden heraus, weshalb Jonas sterben musste und wer für seinen Tod verantwortlich ist. Sie entdecken Menschaften von einer Cannabis-Plantage bis zu einem Giftmüll-Skandal von nie gekanntem Ausmass.

Faszinierend ist, dass Autor Huwyl mit viel Witz und Spannung erzählt, wie Violetta und Miguel im Versteckten leben und planen sowie Konflikte austragen. Ernsthafte Situationen werden heiter, wenn Violetta z.B. ihre geheimen Plappertropfen einsetzt. Oder wenn die beiden bei ihren gefährlichen Einsätzen Gesichtsmasken tragen, die Violetta eigenhändig aus ultraleichter Mohairwolle gestrickt hat. Huwyls manchmal etwas schwarzer Einfallsreichtum sorgt für erfrischendes Lesevergnügen.

Marianne de Mestral

Marcel Huwyl: **Frau Morgenstern und die Flucht.** GRAFIT in der Emons Verlag GmbH 2022, 333 Seiten, 22.90 Franken.

## Austreibung

**Das heidnische Anbeten der Natur und das Hoffen auf rituelle Erlösung bleiben gleich.**

Eine Jungfrauenopferung zur Besänftigung der Götter geht natürlich gar nicht (mehr). Michiel Vandevelde betrachtet aber offenbar den Akt des demütig zu erbringenden Opfers für insofern überlegenswert, als er die Projektion des Originals von Igor Strawinsky übernimmt, als er jedes Hoffen auf Erlösung von der Fähigkeit, also auch der Verantwortlichkeit der Menschheit loslöst und einem noch zu definierenden Etwas überantwortet. Und dafür eine noch nicht dagewesene Form sucht. Im Theater Neumarkt stellen sich im ersten Teil Brandy Butler und David Attenberger zur Musik «Le sacre du printemps» in Pose. Mal behangen von Glasperlen, dann bewehrt durch Plastikrüstungen. Zwei Wandteppiche (von Elen Braga) gemahnen an gewobene Oral History und bilden Ruheinseln in der ekstatischen Hektik, de-



(Philip Frowein)

ren Entschlüsselung ihrer potenziell weiteren inhaltlichen Symbolik nicht möglich ist. Nach einer Völkerwanderung in den hinteren Teil des Raums hat sich der Wandteppich auf die Auskleidung der gesamten Räumlichkeit ausgedehnt. Zu Klängen zwischen Meditation und Klubsound (von Fallon Mayanja), beginnen Brandy Butler und David Attenberger am anderen Ende der Bewegungen von Neuem. Lethargisch, bodennah räkeln sie sich in der Mitte des Raumes unter dem Sprühregen, die ihnen das sprichwörtliche Hemd vom Körper tröpfelt, worunter eine güldene Sonnensymbolik zum Vorschein kommt. Das vorherige Stakkato einer nichtmenschlichen Gehetztheit und (Selbst-)Entremdung in den Bewegungen hat sich in ein sanftweiches Wiegen einer tendenziellen Zuneigung zueinander (und symbolhaft dem Universum) verkehrt. Kaum erkennbare Rundumprojektionen und technisch absichtlich schwer verständlich gemachte Textfragmente (wird auf Papier abgegeben) erheben das Ritual zu einer innigen Andächtigkeit. Insgesamt bleibt die Austreibung von Unglück und Niedergang mittels Ausdruck einer Errettungssehnsucht das Ziel. *froh.*  
**«Le sacre du printemps»**, bis 22.4., Theater Neumarkt, Zürich.

## Überleben

**Der Untergang der Titanic ist bloss Blaupause für weitere existenzielle Fragen.**

Wenn Untergang Tod bedeutet, was heisst Lock-down für Theaterschauspieler:innen – und überhaupt: Wofür steht in der Jetztzeit die Symbolik des Eisbergs noch? «Titanic live» ist das Resultat der Bedrohungslage der Arbeitsverbote durch Corona und Auftakt zu einer Trilogie über das Zusammenleben. Meret Matter geht zurecht davon aus, dass James Camerons Filmepos «Titanic» allen bekannt ist, zumindest die zentralen Szenen des Liebesgesäuels am Bug und der Klassenseparierung während der Evakuation. Also langt die Typähnlichkeit der szenischen Anspielung, aufgrund derer die Fragestellung sehr viel weiterreichend spazieren geführt werden kann. Zentrale Elemente sind einerseits die Bruchstellen zwischen Handwerk und Leben von Schauspieler:innen und andererseits die vergleichbar verbreitete Ignoranz der Erdenpassagiere angesichts eines drohenden Klimakollapses. Die Musik kommt aus dem virtuellen Raum, wobei die Cellistin Lakiko auf dem Screen genauso gut bloss so tun könnte, als ob. Alles ist hybrid oder im brechtschen Sinn episches Theater, das nicht nur verführen will, sondern die Realität(en) mitdenken. Wenn der Eisberg zur



(Club 111)

Matterhornausbuchung des Bodens einer PET-Wasserflasche wird, kulminieren die diversen Problemstellungen in die total existenzielle Frage. Insofern ist das Stück weniger belustigend, wenn gleich hochgradig unterhaltsam und kurzweilig, als vielmehr die beabsichtigt gerade noch erträglich gehaltene Ermahnung zur Reflektion – über alles. Die Kunst, der Kommerz, der Selbstwert, das Sehnen, die Grenzen, die Demut, der Fluchtreflex. Und dies hübsch sperrig trotz eines aufsässigen aufreizenden Liebreizes. Es geht schliesslich ums Überleben. In jeder Hinsicht. Was den Funken leicht auf die eigene Rolle als sogenanntes Publikum überspringen lässt, indem allen Anwesenden in allen Klassen die Überlegung ans Herz gelegt wird, dass ein Leben ohne Kunst zwar möglich, aber sinnlos ist. *froh.*

**«Titanic live»**, 14.3., Theater Rigiblick, Zürich.

## Dümmlich

**Das protestantische Proletariat in Nordirland disloziert an die Zürcher Langstrasse.**

Trotz ihrer Erwähnung im Untertitel haben weder die Persönlichkeiten noch die Arbeitsrealität im Geringsten etwas mit der hiesigen Spitzex gemein. «Zwei Engel für Harry» vom Regisseur Hansjörg Betschart übersetzt und vom Lagan an die Limmat zwangsumgesiedelt, hat in der Schweizer Dialektfassung fast überhaupt keinen Anspruch an Glaubwürdigkeit. Was nicht automatisch ausschliesst, dass im Publikum sehr viel gelacht wird. Die Aufgabe für das Duo strunzdoofer Trullas – Hanna Scheuring als Fränzi und Wanda Wylowa als Vesna – erinnert am ehesten an die tollpatschige Pechaneinanderreihung von Zirkusclowninnen, nur mit Text. Ihr Patient Harry, intern längst namenlos unter der Adresse «Braurer 17» gehandelt, liegt tot im Badezimmer. Also vermutlich. Denn Fränzi traut sich genausowenig nachzusehen, wie es Vesna möglich wäre, Anzeichen für Lebendigkeit von der Feststellung des Gegenteils voneinander zu unterscheiden. Über das Werweissen, was zu tun sei, schleichen sich unversehens Ideen in ihre Köpfe. Ihre eigene Ärmlichkeit in Kombination mit einem desolaten Gesundheitswesen, very british indeed, wurde nicht hiesig sozialisiert, bleibt also Ur-



(Toni Suter)

sprung und Motivation für ihr weiteres Handeln. Erst zocken sie die magere Rente ab und teilen sie, dann entdecken sie seinen Toto-Gewinn und stauben auch diesen ab und die Stunden (!) der untätigen Anwesenheit in der Wohnung des Klienten verrinnen, weshalb sich die Frage der finalen Vertuschung ihrer selbsterkannt sündhaften Taten zu stellen beginnt. Auch diese Idee ist bemüht unglaubwürdig. Was dem Abend indes unbenommen als reihum glückend attestiert werden muss: Die beiden Schauspielerinnen scheinen regelrechten Spass daran zu verspüren, diese hanebüchlichen denkreduzierten Figuren zu spielen. Das Tempo ist bezüglich des Klamauks hochgradig effektiv. Rein handwerklich hats was, vom Nachdenken muss allerdings dringend abgeraten werden. *froh.*

**«Zwei Engel für Harry»**, bis 16.4., Bernhard Theater, Zürich.

## Im Totenreich

Sieben clownähnliche Figuren warten auf ihre finale Bestimmung nach dem Tod.

Die Laune des Siebnergrüppchens der Compagnie Les Diptik in «Septik» scheint ausgelassen, feierlich, obschon eine unter grosser Kraftanstrengung mitgeführte übermannshohe Holzkiste an einen Beerdigungszug zu erinnern scheint. Nach und nach wird klar: Sie sind alle schon tot. Sechs davon ist das bewusst. Nur ihre Eigenart und auch die Sehnsüchte, die sie zu Lebzeiten ausgemacht hatten, sind nicht einfach weg. Sie wiegen offenbar noch schwerer als zuvor. Denn die Bewusstwerdung einer Unveränderlichkeit und das Akzeptieren davon sind zweierlei Mass. Eine schulmeisternde Nervensäge, ein vor Liebesgram Paralyzierter, das gelassene savoir-vivre in Person, zwei vor Schabernackeinfällen Übersprühende mit Schutzhelm und ein langes Elend alias dummer August versuchen dem Muttersöhnchen schonend beizubringen, dass es kein Zurück unter deren Schürze mehr für ihn gibt. Sie inszenieren eine Beerdigung. Allerdings ist die Reihenfolge etwas durcheinander geraten und einen Überblick behält auch niemand. Einen Flohzirkus zu bändigen, wäre dagegen ein Kinderspiel. «Septik» ist zirzensisch tragikomisch, hochmusikalisch und



(Auzan Julian James)

trotz der eigentlich tristen Szenerie ein Feuerwerk an Lebensfreude. Nun, nicht für alle auf der Bühne, aber immerhin fürs Publikum. Am schwersten wiegt im Totenreich offenbar noch immer in Eifersucht umschlagender Liebeskummer, am Einfachsten ist das sich opportunistische Wegducken und Durchwursteln, am Erstrebenswertesten aber ist und bleibt die leidlich anarchische Frechheit gegenüber allem potenziell einschränkenden. Nach dieser beschwingt-komischen, verknorzt-lustvollen Zeremonie schwierig werden könnte allerdings die nächste voraussichtlich leider unabwendbare Teilnahme an einem realen Trauerumzug, dort sollten einem die hier einprägsam zelebrierten Bilder besser nicht erneut vor Augen erscheinen, sonst droht sich ein Lacher bei unpassendster Gelegenheit zu verselbstständigen. *froh.* «Septik», 12.3., Theater am Gleis, Winterthur.

## Rückzug

Nach erlebtem Zuviel an Zurückweisung kapselt sich Charlie vollends von der Welt ab.

Nichts spielt eine Rolle mehr im Leben von Charlie (Brendan Fraser), der sich in einer unbestimmten Anzahl Jahre rücksichtslos vom dicklichen Mann zum titelgebenden Wal in Darren Aronofskys Kammerstück gefressen hat. Unbeweglich, keuchend und schwitzend vegetiert er in einer Wohnung, die er schon sehr lange nicht mehr verlassen hat. Das Ende vor Augen, insgeheim auch ersehnd, denn die Welt – also die Menschen – hat ihm jede Hoffnung geraubt. In Fernstudien unterrichtet er szenisches Schreiben, aber ohne sich zu zeigen. Regelmässig schaut Liz (Hong Chau) vorbei, die ihm ins Gewissen redet, den Blutdruck misst und ihn am liebsten ins Spital überweisen würde. Aber Charlie winkt ab. Einzig die Versöhnung mit seiner Tochter Ellie (Sadie Sink) ist ihm noch ein Anliegen. Sie ekelt sich vor ihm, was ihren aufgestauten Hass nurmehr verstärkt. Als selbstgerechter Teenie auf Konfrontationskurs ist sie die gegenüberliegende Entsprechung zur systematischen Selbstzerstörung von Charlie. Der vermeintliche Missionar Thomas (Ty Simpkins) schwafelt von Erlösung, wobei in «The Whale» nichts ist, wie es scheint. Es



ist ein extrem physischer, beinahe schon klastrophobischer Film, der dem Publikum viel Zeit lässt, sich von der körperlichen Monstrosität Charlies zur Ablenkung verleiten zu lassen, um die noch sehr viel ärgere Brutalität dahinter gegen Ende der Handlung in wohlproportionierten Dosen als einigermassen erträglich wahrnehmen zu können. Was sich als Illusion herausstellt und noch lange nachhallt. Die Ursache für Charlies Selbstaufgabe ist eine Bankrotterklärung irgendeiner behaupteten Humanität. Sein Glück führte ihn an den Rand der Konvention. Die Reaktion darauf war dessen konsequente Abschiebung in die Randständigkeit. Schonungslos, dafür selbstherrlich und rechthaberisch konsequent. Die Zerstörung war so kolossal, wie der Fleischhaufen an seinem Ende wirkt. Hef-*froh.*

«The Whale» spielt in den Kinos Alba, Corso, Movie, RiffRaff.

## Wechselbad

Die Enge der moralisch verengten Scheuklappen beschleicht einen erst zum Schluss.

Katharina von Bock ist gefasst sachlich, aufrichtig erstaunt, neckisch neugierig, begeistert lüstern, zerknirscht schuldbewusst und überwältigend wütend. Ihre Figur Faye, eine Lehrerin, versucht für sich selbst einen Umgang mit der eigens erlebten Vergangenheit zu finden, die sie zeitgleich an den Rand der Sittlichkeit wie auch der ekstatischen Maximalerfahrung geführt hatte. Das alles liegt Jahrzehnte zurück, doch eins ist geblieben: Eine existenzielle Angst davor, ihre (trotzdem) grosse Liebe könnte ihr Geheimnis lüften und ihrer Existenz den Boden unter den Füßen wegziehen. Dieses ungeheuerliche Wechselbad vermittelt Katharina von Bock in «Eine Art Liebesklärung» allein mit sich verändernden Blicken, der Art, wie sie ihre Hände drapiert, beschäftigt und besänftigend am zu wilden Gestikulieren hindert, dem



(Judith Schlosser)

Tonfall und der Lautstärke. Ihre Darstellung ist allzumenschlich an den entsprechenden Stellen völlig überzogen, um sogleich genauso nichtangebracht demütig sich beinahe selbst verlierend verschwinden zu wollen. Der Text von Neil LaBute ist schonungslos klug darin, die diversen äusseren Einflüsse auf das Freiheitsbedürfnis einer Frau so herauszuarbeiten, dass einzig eine latente Zwickmühle übrigbleibt. Hier genügen, dort erfüllen, Ansprüche zurückstecken und im Idealfall gar keine eigene Sexualität leben, schon gar nicht dem Versprechen einer Erfüllung diesbezüglicher Bedürfnisse nachgeben. Also Schuld empfinden. Schon gegenüber dem ursächlichen Begehren. Und natürlich auch gegenüber dem sogenannten Statthaften einer Verhaltensschablone, die im Fall der Frau einen Spielraum sehr eng definiert. Sie ist mal ausgebrochen, ja, und hats ungemein genossen. Die Selbstzweifel scheinen vorerst aus sich selbst heraus zu wachsen, doch bei Licht betrachtet leidet sie unter einer unsichtbaren, genormten Unfreiheit. Katharina von Bock glückt eine sagenhafte schauspielerische Darstellung! *froh.*

«Eine Art Liebesklärung», 11.3., Theater Kanton Zürich, Winterthur.

# Zeitreisen – der Beweis

In meiner Jugend war ich sehr fasziniert von Science-Fiction-Szenarien, las Bücher von Isaac Asimov, Stanislaw Lem und Konsorten, so natürlich auch «The Time Machine» von H. G. Wells. Die Vorstellung, durch die Zeit reisen zu können, hat ja etwas Prickelndes: Antike Kulturen kennenlernen, Dinosaurier sehen, oder in die Zukunft schauen, gar fliegende Autos und anderen geilen Scheiss selbst ausprobieren! Sehr interessant sind auch die mit Zeitreisen verbundenen grundsätzlichen Fragen, vorab das Grossvater-Paradoxon – wenn Sie in der Zeit zurückreisen können, haben Sie allenfalls die Gelegenheit, Ihren eigenen Grossvater zu töten, was wiederum zur Folge hat, dass Sie nie geboren werden und also auch nicht in der Zeit zurückreisen können, um Ihren Grossvater zu töten. Roman- und Filmautoren beschwören für den Fall eines solchen Raumzeit-Bruches gern schreckliche Folgen bis hin zum Kollaps des Universums. Entspannter sieht es die Filmreihe «Back to the Future», wo der Protagonist in der Zeit zurückreist, um sicherzustellen, dass sich seine Eltern auch tatsächlich ineinander verlieben, worauf sich seine künftige Mutter in ihn verliebt statt in seinen Vater. Die daraus folgenden Komplikationen sind bekanntlich sehr amüsant, wenn auch wissenschaftlich nicht besonders stringent.

Während Reisen in die Zukunft (also schneller, als wir sowieso täglich in die Zu-

kunft reisen) nach Einsteins Relativitätstheorie möglich sind, ist sich die Wissenschaft uneins darüber, ob das Grossvater-Paradoxon auf die grundsätzliche Unmöglichkeit von Reisen in die Vergangenheit schliessen lässt. Stephen Hawking jedenfalls meinte, das müsse so sein, und postulierte in seiner «Chronologieschutz-Hypothese», dass irgendwelche heute noch nicht bekannten physikalischen Gesetze Reisen in die Vergangenheit verunmöglichten.

## Ich kann zweifelsfrei belegen, dass zumindest der Mensch niemals wird in die Vergangenheit reisen können.

Nun, zur Theorie kann ich mich nicht äussern, da bin ich nicht kompetent. Ich kann Ihnen aber trotzdem zweifelsfrei belegen, dass zumindest der Mensch niemals wird in die Vergangenheit reisen können. Stellen Sie sich nur vor, Sie selbst wären dazu in der Lage. Ich jedenfalls hätte schon ein paar Ideen, um meine heutigen Lebensumstände zu optimieren. Etwa meinem Ich von vor einer Woche die Lottozahlen vom Samstag vorbeibringen. Oder meinem Ich von 2010 stecken, es solle bitte ein paar Franken in Bitcoins investieren. Oder einen meiner Vorfahren um 1800 motivieren, ein

Grundstück am Zürcher Fröschengraben zu kaufen, der bald zugeschüttet und zur Bahnhofstrasse umgebaut würde. Ja, mit irgendeinem dieser Szenarien wäre ich heute reich. Und nicht nur ich: Sicher würden alle solches tun. Und dass es um 1800 keinen Run auf Liegenschaften am Fröschengraben gab, 2010 der Bitcoin noch keinen Boom erlebte und sich nicht Woche für Woche Tausende von Lottogewinner:innen den Jackpot teilen müssen, ist doch schon Beweis genug dafür, dass die Menschen nie werden in die Vergangenheit reisen können. Könnten sie es, hätten wir täglich Heerscharen von Zukünftlern hier, die irgendwas an ihrer Vergangenheit herumfrickeln wollten. Denn eins wissen wir ja langsam: Wenn der Mensch etwas tun kann, dann tut er es auch – je mehr man ihn davor warnt, desto enthusiastischer; was ist schon der Kollaps des Universums.

Hey, eben habe ich eine Hypothese von Hawking bewiesen! Wo ist das Anmeldeformular für den Physiknobelpreis?



Markus Ernst

Reklame



Bitte ausfüllen und  
einsenden an:  
P.S. Verlag, Hohlstrasse 216,  
8004 Zürich oder  
aboservice@pszeitung.ch

## Ich bestelle

- Probeabo 5 Wochen kostenlos     Jahresabo für 230 Franken  
 Gönnerabo ab 300 Franken     Abo für Menschen mit wenig Geld, 100 Franken

Name / Vorname \_\_\_\_\_

Strasse / Postfach \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_